

Franziska Wiethold

Wie ernst nimmt Sahra Wagenknecht die soziale Frage?

Eine Replik
auf ihren
letzten
Text



Franziska Wiethold, geb. 1946, während des Soziologie- und Politik-Studiums in Marburg/Lahn Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit, Mitglied im SDS. Ab 1972 hauptamtliche Gewerkschafterin beim DGB für Jugendbildungsarbeit; ab 1981 bei der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung (HBV) und ab 2001 bei der Gewerkschaft ver.di mit dem Schwerpunkt Handel. Seit 2006 in Rente, wohnhaft in Berlin.
franziska.wiethold@t-online.de

Inhalt

Polarisiert sich die Gesellschaft zwischen neuer akademischer Mittelschicht und abgehängten abhängig Beschäftigten?	4
Wächst die Distanz zwischen dem Lebensstil der akademischen Mittelschicht und den mittleren und einfachen Beschäftigten?	8
Soziale Lage und universelle Normen	10
Liberaler Aufklärung versus Identitätspolitik?	14
Hat der »Linkoliberalismus« die soziale Frage verdrängt?	15
Zum Schluss	30
Literatur	31

Franziska Wiethold

Wie ernst nimmt Sahra Wagenknecht die soziale Frage?

Eine Replik auf ihren letzten Text

Aktuell erregt die Kontroverse »Soziale Frage versus Identitätspolitik« die Öffentlichkeit. Sahra Wagenknecht (2021) fordert in ihrem Buch »Die Selbstgerechten – Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt« (die Seitenzahlen ohne weitere Angaben im Folgenden beziehen sich auf diesen Text), im April 2021 erschienen, die Wiederbelebung der sozialen Frage auch zulasten einer Identitätspolitik. Sie hat bei Konservativen Erfolg, aber auch bei links Denkenden, die sich über den Furor mancher »Identitätspolitiker*innen ärgern und die die Probleme abhängig Beschäftigter wieder stärker in den Mittelpunkt stellen wollen. Ihre Gegenpositionen – grob zusammengefasst – sind:

- Die Gesellschaft hat sich polarisiert: Die traditionellen Mittelschichten – Facharbeiter und kleine Gewerbetreibende – wurden verdrängt. Abhängig Beschäftigte ohne Abitur können sich kaum noch ein stabiles und respektables Leben durch Erwerbsarbeit aufbauen, sondern werden in schlecht bezahlte Arbeit abgedrängt. Gewinner ist eine globalisierte akademische Mittelschicht, weitgehend ohne Bezug zu einer gesellschaftlich nützlichen Arbeit.
- Diese akademische Mittelschicht lebt in einer abgehobenen »Lifestyle«-Welt, betrachtet sich aber selbst als linksliberal. Sie hat keinen Bezug zum Leben von Arbeitern oder einfachen Angestellten; sie verachtet sogar deren traditionelle Werte und deren Wunsch nach Stabilität.
- Dieser »Linksliberalismus« wurde Mainstream und dominiert inzwischen auch linke Parteien. Er konnte z.T. an die Stelle der neoliberalen Ideologie treten, die an Überzeugungskraft verlor.
- Damit dominiert eine »Identitätspolitik« den Mainstream, die unterschiedliche kulturelle Normen überhöht; die Differenzen zwischen Gruppen werden wichtiger als gleichwertige Rechte. Das spaltet die Gesellschaft.

- Diese »Diversity-Politik hat die soziale Frage und damit die Interessen der abhängig Beschäftigten in den Hintergrund gedrängt. Auch Bewegungen für Klimawandel, für fairen Welthandel, für offene Grenzen sind Teil einer abgehobenen »Lifestyle-Politik«, die die Lebenswelt abhängig Beschäftigter nicht nur ignoriert, sondern ihre Interessen an stabilen Arbeitsplätzen und auskömmlichem Lebensstandard sogar bedroht.
- Die Alternativen: Die soziale Frage muss anstelle der »Diversity-Politik« wieder in den Vordergrund gestellt werden, auch um Spaltungen zu überwinden. Ein linker »Wertkonservatismus« mit seinem Gemeinschaftsgefühl muss wieder gestärkt werden. Nationalstaaten mit einer eigenständigen Wirtschaftspolitik müssen gegenüber globalem Welthandel gestärkt werden, auch um Schutznormen für die hiesige Bevölkerung durchzusetzen. Die Zuwanderung ist zu begrenzen. Klimapolitik soll sich auf neue Technologien statt auf Wachstums- und Konsumverzicht konzentrieren. An die Stelle Multinationaler Konzerne im Besitz anonymer Kapitaleigner müssen Unternehmer treten, die die Unternehmen sowohl leiten als auch besitzen (»Leistungsseigentum«).

Mit diesen Aussagen zeichnet S. Wagenknecht ein Bild gesellschaftlicher und politischer Umbrüche, das Viele durch seine scheinbare Eindeutigkeit fasziniert. Sie knüpft an klassische linke Weltbilder des »Oben und Unten« an. Schaut man aber genauer hin, entdeckt man mehr Einseitigkeit als Eindeutigkeit. Sie belegt ihre Aussagen nicht, sondern illustriert sie mit dazu passenden Einzelbeispielen. Andere Beispiele oder Trends benennt sie nicht und erweckt so den Eindruck, diese Beispiele seien typisch. Sie nutzt Übertreibungen, die es in allen politischen Bewegungen gibt, um daraus herrschende Strömungen zu machen. Meine inhaltlichen Haupt-Kritikpunkte sind:

- Mit ihrer Behauptung, dass ein »Lifestyle-Mainstream« ohne Bezug zur sozialen Frage auch linke Parteien und Bewegungen beherrsche, negiert sie die politischen Schwerpunkte linker Parteien. Sie nimmt außerdem die vielen Gegenbewegungen nicht zur Kenntnis, die gegen die neoliberale Deregulierung entstanden sind, und die sich sowohl für Klimawandel und kulturelle Fragen als auch für soziale Themen engagieren. Oder sie wertet sie als »Lifestyle«-Bewegungen ohne Bezug zur sozialen Frage ab. Damit blendet sie wesentliche Ansatzpunkte für eine linke Politik aus.
- Wenn sie die akademische Mittelschicht als abgehoben beschreibt, negiert sie, dass auch in dieser Schicht unterschiedliche Wertvorstellungen zur sozialen Frage verankert sind. Damit negiert sie Bündnismöglichkeiten bis in die akademische Mittelschicht hinein.
- Wenn sie akademisch nicht gebildete abhängig Beschäftigte als Verlierer ohne Chancen auf ein stabiles Leben beschreibt, scheint sie zunächst ihre

Interessen wahrzunehmen. Aber in Wahrheit nimmt sie damit weder deren reale Qualifikation noch deren reale Konfliktfähigkeit zur Kenntnis. Auch Alternativen zur Verbesserung ihrer Situation bietet sie kaum an, sodass sich die Frage stellt, wie ernst sie es wirklich mit der sozialen Frage meint.

- Wenn sie die soziale Frage über die kulturelle Frage stellt, negiert sie, dass sich Gemeinschaften, Schichten, Klassen häufig nicht nur über ihren sozialen Status definieren, sondern auch über kulturelle Normen, z.B. in Bezug auf die Wertigkeit von Männern und Frauen. Linke Bewegungen – auch und gerade die Arbeiterbewegung – haben sich immer auch »in der Klasse« mit solchen ausgrenzenden kulturellen Normen auseinandergesetzt und für universeller Normen geworben.

In dieser politischen Auseinandersetzung geht es nicht um »akademische« Fragen. Es geht um die zentrale Frage, wo wir ansetzen können, um Machtverhältnisse zu ändern:

- an welchen Brüchen und Konflikten, die die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte verursacht hat;
- an welchen Gesellschaftsbildern in den verschiedenen Schichten/Klassen/Milieus;
- an welchen Gegenbewegungen, die dagegen entstanden.

Das setzt einerseits voraus, dass wir die gesellschaftliche Realität in ihrer Komplexität zur Kenntnis nehmen, um darauf Gegenstrategien aufzubauen. Es setzt außerdem voraus, dass wir uns mit unterschiedlichen Sichtweisen innerhalb linker Bewegungen auseinandersetzen, auch um daraus zu lernen und Bündnisse zu schmieden, statt uns gegenseitig abzuwerten und auszugrenzen.

Ich werde in meiner Replik auf Differenziertheit und Empirie nicht verzichten, auch wenn sie dadurch anstrengender zu lesen ist. Ich werde auf einige Themen (Finanzpolitik, EU z.B.) nicht eingehen, da ich davon zu wenig verstehe. Dazu verweise ich auf andere Veröffentlichungen z.B. der AG Alternative Wirtschaftspolitik (»Memo-Gruppe«). Insgesamt werde ich versuchen, dem Einstein-Satz gerecht zu werden: »Alles muss so einfach wie möglich sein. Aber nicht einfacher.«

Eine Vorbemerkung zu zwei zentralen Begriffen: S. Wagenknecht benutzt für die Ideologie des »gut situierten akademischen Großstadt-Milieus« den Begriff »Linksliberalismus«. Er habe sich dort etabliert (als Selbstbeschreibung oder von wem?). Er sei aber weder links noch liberal (S. 12). Sie benutzt ihn abwechselnd mit dem offen abwertenden Begriff der »Lifestyle-Linken«. Normalerweise wird der Begriff Linksliberalismus anders definiert. Um mir eine Auseinandersetzung damit zu ersparen, werde ich ihn vermeiden bzw. in Anführungsstriche setzen. Noch problematischer ist ihre häufi-

ge Verwendung des Begriffs »Mittelschicht«. Er kann rein statistisch genutzt werden (z.B. für Einkommensbezieher*innen zwischen 150% und 80% des Median-Durchschnittseinkommens). Er wird aber häufig politisch aufgeladen, um z.B. die Bedeutung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit zu widerlegen oder um »die Versöhnung« zwischen verschiedenen Schichten/Klassen zu feiern. S. Wagenknecht setzt sich zwar kritisch mit der Ideologie der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« von Schelsky auseinander, übernimmt aber dessen Sicht, dass diejenigen zur Mittelschicht gehören, die ein abgesichertes und respektiertes Leben führen. Auch auf diese Auseinandersetzung will ich nicht weiter eingehen, da es meinen Beitrag sprengen würde (ausführlich dazu Kadritzke 2017)

Eine weitere Vorbemerkung: Anders als S. Wagenknecht werde ich das Gendersternchen verwenden. Es stört zwar mein Sprachgefühl, und ich habe auch nicht die Hoffnung, vorrangig über Sprache Wahrnehmungen und gesellschaftliche Strukturen zu ändern. Aber Sprache spiegelt bisherige Machtstrukturen wider und verfestigt sie. Die Auseinandersetzung um diese Machtstrukturen nimmt uns eine gendergerechte Sprache nicht ab, aber sie kann sie unterstützen – nicht mehr und nicht weniger!

Polarisiert sich die Gesellschaft zwischen neuer akademischer Mittelschicht und abgehängten abhängig Beschäftigten?

S. Wagenknecht behauptet einen dramatischen Einbruch der Industriearbeit. Auch deren Kultur und Arbeitsethos würde heute als unmodern und provinziell abqualifiziert. Im Dienstleistungsbereich seien vor allem gering qualifizierte, schlecht bezahlte Tätigkeiten (Logistik, Gastronomie usw.) entstanden. Aufstiegsoptionen für Beschäftigte ohne Abitur und Hochschulausbildung seien weitgehend gekappt. Berufsabschlüsse unterhalb des Abiturs eröffneten keine solide Lebensperspektive mehr. Die prägende Erfahrung sei im Gegensatz zu früher nicht mehr beruflicher Aufstieg, sondern sozialer Abstieg (S. 69-77). Im Gegenzug sei eine neue akademische Mittelschicht entstanden, deren Aufstieg eng mit Deregulierung und Globalisierung verbunden sei, und deren Tätigkeiten eher nutzlos bis schädlich seien. Ehrenwerte und nützliche Berufe seien die Minderheit. Gleichzeitig sei eine akademische Unterschicht (»click-worker«) entstanden, denen ebenfalls der Aufstieg verwehrt sei. Die breite Mittelschicht der 1960er und 1970er Jahre – bürgerliches Milieu und Industriearbeiter – hätte sich also polarisiert. Die neue akademische Mittelschicht schotte sich nach unten ab, bilde ein exklusives »weltoffenes« Milieu, lehne traditionelle Werte wie Sicherheit oder Heimat-

verbundenheit als kleinbürgerlich ab. Ihr »Linksliberalismus« sei inzwischen die dominante Erzählung. Er sei an die Stelle eines delegitimierten Neoliberalismus getreten, mit dem er trotz einiger Unterschiede in vielem übereinstimme (S. 80-97). Auch linke Parteien seien inzwischen eher Parteien des urbane Akademikermilieus geworden.

Die Empirie bestätigt dieses Bild einer Polarisierung nicht. Das Qualifikationsniveau stieg insgesamt, aber die mittleren Qualifikationen dominieren nach wie vor. Und auch in der gewachsenen Gruppe akademisch Ausgebildeter dominieren »nützliche« Tätigkeiten.

Dazu im Einzelnen:

Der Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe sank zwar zwischen 1991 und 2018 von 28,3% auf 18,6%, liegt damit aber deutlich über den Anteilen in der EU oder in den USA. Die Beschäftigung im Öffentlichen und personenbezogenen Dienstleistungsbereich stieg von 26,5% auf 31,5%, im Finanzbereich und den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen von 12,2% auf 20,2% (Bäcker/Naegele/Bispinck 2020: 393).

Auch der Anteil der Hochschul- und Fachhochschulabsolvent*innen erhöhte sich:

- Die heute 50-60-Jährigen hatten 2018 noch zu 54,8% eine duale Berufsausbildung abgeschlossen, bei den heute 30-40-jährigen waren es noch 45,4%.
- Hatten bei den heute 50-60-Jährigen erst 30,0% eine Fach-/Hochschule abgeschlossen, (in Westdeutschland bereits nach Beginn der Bildungsreform), stieg der Anteil bei den heute 30-40-Jährigen auf 37,2%.
- Der Anteil ohne Berufsausbildung, der 2018 bei den heute 50-60-jährigen 14,7% betrug, erhöhte sich allerdings bei den heute 30-40-jährigen auf 17,0 % (ebd.: 525).

Das Ausbildungsniveau erhöhte sich also insgesamt, die »Mitte« bildet aber nach wie vor die größte Gruppe. Auch die These, dass sich die Beschäftigtenstruktur polarisiert habe, und dass Schulabsolvent*innen ohne Abitur kaum noch Chancen auf qualifizierte Tätigkeiten und Aufstieg hätten, ist empirisch nicht haltbar: Von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übten 2018 15,4% eine un- oder angelernte Tätigkeit aus, 58,2% eine Fachtätigkeit, 12,8% eine komplexe Spezialistentätigkeit und 13,0% eine hoch komplexe Tätigkeit, die im Regelfall ein Hochschulstudium erfordert (ebd.: 527). Würde man die Beamt*innen dazurechnen, würde der Anteil der Hochschulabsolvent*innen weiter steigen, aber ohne die Dominanz der »mittleren« Tätigkeiten aufzuheben.

In anderen westlichen Industrienationen sieht das Bild sicher anders aus. Aber in Deutschland haben die exportorientierte Industrie und das deutsche

duale Ausbildungssystem nach wie vor eine große Bedeutung. Sie haben die Tertiarisierung und Akademisierung der Arbeitswelt bisher abgeschwächt. Eine Dequalifizierung – also eine Zunahme an- und ungelerner Tätigkeiten zulasten mittlerer Tätigkeiten – hat weder in der Industrie noch im Dienstleistungsbereich stattgefunden (solche Tätigkeiten sind bekanntermaßen am ehesten rationalisierbar). Auch und gerade im Dienstleistungsbereich fanden vor allem Frauen mit mittleren Abschlüssen durch den Ausbau von Verwaltungs- und Beratungstätigkeiten, von Erziehungs- und Pflegeberufen Arbeitsmöglichkeiten. Auch die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten bestätigen, dass die Erwerbchancen mit dem Qualifikationsniveau auch im mittleren Bereich steigen: Lag die Arbeitslosenquote 2019 bei den Ungelernten bei 15,9%, sank sie bei den Arbeitslosen mit Berufsausbildung auf 4,7%, mit Hochschulausbildung auf 2,7% (Röttger/Weber/Weber 2020).

Aber dieser Trend zu höheren Qualifikationen führte nicht zu mehr Autonomie und Selbstverwirklichung in der Arbeit, wie es die herrschende neoliberale Erzählung behauptet – auch nicht in der wachsenden akademischen Mittelschicht, wie es S. Wagenknecht unterstellt. Denn die neuen neoliberalen Steuerungsformen schränken für alle Beschäftigte – auch für Qualifizierte – Spielräume erheblich ein. Mit diesen Steuerungsformen werden möglichst alle Arbeitsbeziehungen (auch im öffentlichen Dienst) kosten- und profitorientierten Zielvorgaben unterworfen. Auch bisher stabile Arbeitsverhältnisse geraten durch ständige Leistungskontrolle, durch steigenden Leistungsdruck, Personalabbau, Umwandlung unbefristeter in prekäre Arbeitsverhältnisse, durch Tariffucht, Ausgliederung oder Schließung von »unrentablen« Betriebseinheiten usw. unter Dauerdruck. Dieter Sauer beschreibt das als dauernde Krisenerfahrung (Sauer 2019).

Der Wunsch nach guter Arbeit, nach Stabilität, Eigenverantwortung und humanen Arbeitsbedingungen gerät immer mehr in Konflikt mit der steigenden Unsicherheit, Arbeitshetze und Fremdsteuerung – das beschreibt S. Wagenknecht zurecht. Aber sie unterschätzt, in welchem Ausmaß dies auch für akademisch Ausgebildete zutrifft. Deshalb geht ihre Beschreibung, die »akademischen Mittelschicht« sei überwiegend Gewinner der Globalisierung, sei überwiegend »von nutzlosen bis schädlichen Tätigkeiten« absorbiert, an der Realität vorbei: Die meisten akademisch Ausgebildeten arbeiten in »ehrenwerten und nützlichen« Berufsfeldern (S. 84): im Bildungs- und Gesundheitsbereich, im Kulturbereich, in der öffentlichen Verwaltung, in der Industrie als Ingenieur*innen oder in der Forschung und Entwicklung. Selbst im Bankgewerbe dürfte es immer noch mehr Bankberater*innen für Privatkunden als Investmentbanker geben. All diese Beschäftigten wollen mehrheitlich ein »normales« Leben in einem stabilen sozialen und familiären Umfeld

führen und nicht als bindungslose »Globalnomaden« leben. Auch sie leiden trotz im Schnitt besserer Bezahlung und stabilerer Arbeitsverhältnisse – soweit sie nicht zum befristeten akademischen »Prekariat« gehören – unter dem steigenden Leistungsdruck und der kostengetriebenen Steuerung ihrer Tätigkeit, die auch ihre Ansprüche auf gute, nützliche Arbeit verletzen. Daraus ergeben sich im Gegensatz zu S. Wagenknechts Darstellung auch gemeinsame Interessen und Bündnisse im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen.

Denn es gibt Chancen, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Sie unterscheiden sich einerseits nach der Marktmacht, andererseits nach der Stärke kollektiver Interessenvertretung. Auch hier trifft Wagenknechts Polarisierungsthese nicht zu. Denn die Marktmacht steigt kontinuierlich mit den sinkenden Arbeitslosenquoten in den Qualifikationsgruppen (natürlich differenziert nach Berufen und Regionen). So stiegen die realen Bruttostundenlöhne von 2010-2020 um insgesamt 9,0%, bei ungelerten Beschäftigten aber nur um 4,9% (Seils/Emmler 2020: 4). Die kollektive Macht wiederum steigt mit der Tarifbindung und der Kampffähigkeit in den jeweiligen Branchen. Nur noch 51% der Beschäftigten unterliegen einer Tarifbindung (Ellguth/Kohaut 2021: 311) gegenüber 73,6% im Jahr 1999 (WSI-Tarifhandbuch 2000: 69). Hier zeigen sich die Folgen neoliberaler Deregulierung und Privatisierung. Aber die Unterschiede sind vor allem zwischen Großindustrie, Öffentlichem Dienst und privatem Dienstleistungsbereich erheblich: 2018 hatten 100% aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und der Sozialversicherung eine Tarifbindung, 73% in der Automobilindustrie, 65% in der Metallerzeugung, 62% in der Chemischen Industrie, 64% im Tiefbau gegenüber 26% im Gastgewerbe, 25% im Handel und 18% im Bereich Information und Kommunikation (Bispinck 2021: 12 und 15). Die Gewerkschaften konnten entsprechend unterschiedliche Tarifsteigerungen durchsetzen: Zwischen 2000 und 2020 stiegen die Tarifenntgelte um insgesamt 60,3% bei einem verteilungsneutralen Spielraum von 50,4%. In der Metall- und Elektroindustrie stiegen sie aber überdurchschnittlich um 69,4% (siehe hierzu die Grafik »Tarifentwicklung nach Branchen und Verteilungsspielraum 2000-2020« auf reinhard-bispinck.net/grafiken/#tarifentwicklung).

Die neoliberale Deregulierung und die Privatisierung ehemals öffentlicher Sektoren haben bis heute tiefe Spuren hinterlassen. Vor allem Beschäftigte aus der Großindustrie konnten die Zerschlagung kollektiver Strukturen wie Tarifbindung und die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze zwar teilweise abwehren oder verlangsamen. Aber der deutliche Abstand zu anderen Branchen ohne Tarifbindung bedroht die eigene relative Stabilität. Dies wird verstärkt durch die Ausgliederungserfahrungen von Unternehmensteilen, die früher dazu gehörten. Entscheidend wird sein, was sich künftig als »Normalität«

durchsetzt. Das ist nicht ausgemacht, denn aktuell existiert eine Gemengelage von weiterer Destabilisierung der Arbeitsbeziehungen einerseits, und wachsender Konfliktbereitschaft auch in bisher instabilen Branchen andererseits. Seit Mitte der 2000er Jahre nehmen Streiks vor allem im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich – in Kliniken, im Erziehungsbereich, im Sicherheitsgewerbe usw. (Bewernitz/Dribbusch 2014) – zu, bei denen neben schlechter Bezahlung auch für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Personalbemessung) gekämpft wird. Der Trend zum Abbau regulierter und stabiler Arbeitsbeziehungen konnte dadurch noch nicht gestoppt werden. Aber im Gegensatz zu S. Wagenknechts Darstellung ist das Feld hart umkämpft.

Resümee: Beim Kampf gegen neoliberale Deregulierung und für stabile, gut bezahlte Arbeitsplätze gibt es viele gemeinsame Interessen zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen und viel Konfliktbereitschaft. Da S. Wagenknecht dies kaum zur Kenntnis nimmt, verschenkt sie entgegen ihrem Plädoyer für mehr Zusammenhalt wesentliche Ansatzpunkte für eine Verbreiterung dieser Kämpfe.

Wächst die Distanz zwischen dem Lebensstil der akademischen Mittelschicht und den mittleren und einfachen Beschäftigten?

Die Deregulierung sozialer Sicherungssysteme, die Vermarktlichung von Arbeitsbeziehungen, die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge begann unter der Regierung Kohl und wurde von der rot-grünen Regierungskoalition unter Gerhard Schröder massiv vorangetrieben. Das hinterließ bis heute tiefe Spuren. Unter Rot-Grün gab es in der Tat die von S. Wagenknecht kritisierte »unheilige Allianz« zwischen Neoliberalen und »Linksliberalen«. Die damit verbundenen Versprechungen – Zugewinn an Autonomie anstelle traditioneller Herrschaftsverhältnisse, Zugewinn an Aufstiegsmöglichkeiten, wirtschaftlicher Aufschwung – erwiesen sich bald als falsch. Diese Enttäuschungen delegitimierten die neoliberale Ideologie und schwächten das Vertrauen in die SPD – auch das stellt S. Wagenknecht zurecht fest. Aber wurde jetzt der »Linksliberalismus« der akademischen Mittelschicht – fernab von den Lebenswelten und Interessen »einfacher« abhängig Beschäftigter – dominiert? Und blieb den einfachen Arbeitern und Angestellten nur die Resignation (S. 95)?

Dies einfache Schema »eine Schicht – ein Gesellschaftsbild« ist falsch. Vor allem Michael Vester belegt in seinen Untersuchungen über die verschiedenen Milieus, dass in allen Schichten unterschiedliche Gesellschaftsbilder existie-

Abb.: Der Raum der ideologischen Lager in der BRD

Gesellschaftsbilder der ideologischen Lager Die Modelle der sozialen Ordnung und (grau unterlegt) die Einflusszone des Rechtspopulismus	Progressive Ideologien (Σ ca. 24 %) <ul style="list-style-type: none"> Demokratische Partizipation, Gleichstellung, Multikulturalität und Okopax in der Zivilgesellschaft 	Resistenz gegen etablierte Politik (Σ ca. 18 %) <ul style="list-style-type: none"> Kein Vertrauen in große Ideologien und große Politik, aber aktive solidarische Selbsthilfe im Alltag 	Konservative Ideologien (Σ ca. 31 %) <ul style="list-style-type: none"> Gesellschaft als gerechtfertigte hierarchische Ordnung 	Ideologien der Benachteiligten (Σ ca. 27 %) <ul style="list-style-type: none"> Die derzeitige Gesellschaft als nicht gerechtfertigte Zweiteilung in Mächtige und Ohnmächtige
Eliteorientierte Modelle (Obere Milieus)	Radikaldemokraten ca. 11 % <ul style="list-style-type: none"> politische Gleichstellung aller Gruppen Hierarchie nach Leistung (meritokratisch) Zivilgesellschaft (direkte pol. Mitwirkung) Multikulturalismus 	/-	Traditionell-Konservative ca. 14 % <ul style="list-style-type: none"> Hierarchie nach ständischem Rang Strenge Autoritätsausübung Berufspolitik / Legalismus Fremdenabwehr 	Rechtsextreme (Rebellisch-Autoritäre) ca. 14 % <ul style="list-style-type: none"> Kluft zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen 'Recht des Stärkeren' (Sozialdarwinismus) Gewaltbereitschaft Fremdenfeindschaft
Modelle sozialer Gerechtigkeit (Arbeitnehmermilieus)	Sozial-integrative ca. 13 % <ul style="list-style-type: none"> politische Gleichstellung aller Gruppen soziale Gleichstellung aller Gruppen und Arbeitnehmerrechte Zivilgesellschaft (direkte pol. Mitwirkung) Multikulturalismus 	Skeptisch-Distanzierte ca. 18 % <ul style="list-style-type: none"> Kluft zw. Politik und Gesellschaft Soz. Ausgleich und Arbeitnehmerrechte Interessenvertretung u. Solidarität im Alltag Eher keine Ablehnung von Fremden 	Gemäßigt-Konservative ca. 17 % <ul style="list-style-type: none"> Hierarchie nach Leistung (meritokratisch) Sozialer Ausgleich u. Arbeitnehmerrechte aktive Integration im Alltagsleben Eher keine Ablehnung von Fremden 	Resigniert-Autoritätsgebundene ca. 13 % <ul style="list-style-type: none"> Kluft zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen Staatlicher Protektionismus (Schutz der Schwächeren) u. Arbeitnehmerrechte Resignativer Rückzug auf den eigenen Alltag Fremdenfurcht

Quelle: Vester 2017: 8

ren, die durch mehrere Faktoren zustande kommen: sowohl durch ihre soziale Lage als auch durch das »sozialmoralische Milieu« – durch regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung (Vester 2017). Er fasst diese Milieus in unterschiedliche ideologische Lager zusammen (siehe Abb.).

Nur die »Radikaldemokraten« (ca. 11%) konzentrieren sich weitgehend auf die obere Schicht und decken sich am ehesten mit den von S. Wagenknecht beschriebenen »Linksliberalen«. Aber auch sie dominieren diese Schicht nicht, sondern teilen sie sich vor allem mit den Traditionell-Konservativen und Rechtsextremen. Die »Modelle sozialer Gerechtigkeit« mit all ihren Unterschieden zwischen gemäßigt konservativem bis hin zu egalitär/multikulturellen Vorstellungen ziehen sich durch mehrere Schichten hindurch und repräsentieren hier immerhin 61%!

Gesellschaftliche Milieus werden auch durch ihre jeweilige ökonomische und berufliche Situation beeinflusst. Je nachdem, ob Befragte eher aus traditionellen – vielleicht sogar bedrohten – Berufen/Branchen und kulturellen Milieus kommen oder in »moderneren« Berufen/Branchen und Lebenswelten arbeiten, fühlen sie sich vom strukturellen und kulturellen Wandel unterschiedlich bedroht oder nicht. Häufig wird das auch durch unterschiedliche Generationen repräsentiert. Das scheint S. Wagenknechts These von einer Spaltung in Gewinner und Verlierer im Globalisierungsprozess zunächst zu bestätigen. Auch Vester arbeitet mit der Unterscheidung zwischen »Moder-

nisierungsgewinnern und -verlierern« und konstatiert die Entstehung neuer sozialer Milieus durch die strukturellen Veränderungen (Vester u.a. 2015: 54ff.). Aber er belegt im Gegensatz zu Wagenknecht, dass sich eher traditionelle oder eher moderne Milieus in allen Schichten finden lassen. Vor allem in der mittleren Schicht – nach S. Wagenknecht eher bedroht und schrumpfend – entstanden und entstehen neben traditionellen Berufen viele neue bzw. modernisierte Berufe und Branchen (in der Metallindustrie lernt man z. B. nicht mehr Elektromechaniker, sondern Mechatroniker). Die Aufstiegschancen bzw. Abstiegsbedrohungen differieren entsprechend. Auch die kulturellen Normen veränderten sich vor allem in der jüngeren Generation. Selbst in der Unterschicht – den prekär Beschäftigten – sind unterschiedliche Milieus zu finden, auch wenn das resigniert-autoritätsgebundene Milieu hier ein größeres Gewicht hat. Denn hier mussten die Beschäftigten am ehesten erfahren, wie ihre Qualifikationen, ihre Marktchancen und die Anerkennung ihrer Arbeit entwertet wurden.

Resümee: Erst wenn wir zur Kenntnis nehmen, wie Gesellschaftsbilder entstehen und wie differenziert sie auch innerhalb der Schichten/Klassen sind, können wir Mehrheiten für eine Änderung der Machtverhältnisse gewinnen und Bündnisse mit denen schließen, die für solche Veränderungen offen sind. Die hier beschriebenen Differenzierungen sind deshalb keine soziologischen Fingerübungen. Eine Abgrenzung – wie von S. Wagenknecht vollzogen – zwischen »der akademischen Mittelschicht« und »den nicht akademisch gebildeten abhängig Beschäftigten« geht also an nicht nur an der Realität vorbei, sondern wertet auch beide Schichten ab: die akademische Mittelschicht als abgehoben und ohne Bezug zur sozialen Frage, die Arbeiterschicht als dequalifiziert und eher machtlos.

Soziale Lage und universelle Normen

S. Wagenknecht betont die positive Bedeutung von Gemeinschaften, die auf gemeinsamen Werten, auf Vertrauen, auf gegenseitiger Hilfe und sozialem Ausgleich beruhen. Auch Gesellschaften, die eher auf sachlichen Normen – also auf Rechtssystemen und auf Kooperation über Märkte – beruhen und über Gemeinschaften hinausgehen, bräuchten diesen »Kitt«, damit sich für alle Bürger*innen ein solidarischer Sozialstaat aufbauen ließe. Gemeinschaften könnten sich zwar auch abschließen, Vorurteile verfestigen, Herrschaftsverhältnisse stabilisieren. Es sei deshalb eine zivilisatorische Errungenschaft, dass sich das Gemeinschaftsgefühl über die Enge von Familien oder Stämmen hinaus entwickelte hätte. Wer aber dies Gemeinschaftsgefühl diskredi-

tiere, zerstöre auch die Basis für eine Gesellschaftspolitik, die Märkte und Ungleichheit in Grenzen halten könne. Diese Gefahr sieht S. Wagenknecht sowohl in der Entfesselung globalisierter Märkte als auch im Individualismus der »Lifestyle-Linken«. Sie definiert deshalb ein solches Gemeinschaftsgefühl als originär linken Wertkonservatismus, als Tradition der Arbeiterbewegung (S. 205-226).

Mit ihrem Plädoyer für »Wertkonservatismus« (später wählt sie sogar den Begriff »Leitkultur«) will sie sicherlich viele Linke provozieren. Über dieses Stöckchen sollte man nicht springen. Denn das Verhältnis zwischen Gemeinschaftsbindung und universellen Werten ist in der Tat komplizierter, als es auch manche Vertreter*innen universeller Menschenrechte wahrhaben wollen. Auch die Arbeiterbewegung entstand zunächst über Gemeinschaften, die sich über ähnliche Arbeitsbedingungen bildeten – nach Berufen, nach sozialem Status, nach Regionen. Hier entstand am ehesten Vertrauen und Solidarität – eine wichtige Grundlage, um Konflikte gegen das Kapital durchzustehen. Aber damit bestand auch die Gefahr, dass sich diese Gemeinschaften häufig nicht nur nach »oben«, sondern auch nach »unten« und gegenüber »Neuen« abgrenzten – gegenüber Frauen, Ungelernten, Zugewanderten. Auch der Wunsch nach Anerkennung der eigenen Leistung und nach einer gerechten Teilhabe in der Gesellschaft war häufig zwiespältig. Wie der »Produzentenstolz« von Facharbeitern zeigt, war und ist er eine wesentliche Grundlage dafür, mehr Rechte gegenüber dem Kapital zu fordern. Beschäftigte können damit aber auch den besonderen Wert ihrer Arbeit im Verhältnis zu anderen betonen – wiederum zu Ungelernten, Frauen, Zugewanderten. Durch solche »Schließungstendenzen« versuchen Beschäftigtengruppen einerseits ihre Marktchancen gegenüber Konkurrenten – vor allem gegenüber »Eindringlingen, Lohndrückern« – zu verbessern. Sie wollen aber auch tief verankerte kulturelle Normen absichern: gegenüber Frauen z.B. die Rolle des Familienernährers, gegenüber Zugewanderten die eigene Kultur, gegenüber An- oder Ungelernten die eigene Qualifikation. Gerechtigkeit ist dann kein universeller Maßstab, sondern ein relationaler. Er soll ausdrücken, ob man in Relation zu Anderen den »angemessenen« Anteil bekommt. Was angemessen ist, besteht zu erheblichen Teilen aus gesellschaftlichen Wertvorstellungen (deshalb ist der Leistungsbegriff, mit dem S. Wagenknecht arbeitet, auch problematisch).

Beverly Silver beschreibt in ihrem Buch »Globalisierung und Arbeiterbewegung seit 1870«, wie sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung diese Gemeinschaften öffneten und ihre Normen universalisierten (Silver 2005): Arbeiter überwinden in der Auseinandersetzung mit anderen, neuen Beschäftigtengruppen ihre Politik, sich vorrangig gegen »Konkurrenten« abzuschot-

ten. Sie öffneten sich schrittweise vor allem durch politische Auseinandersetzungen, durch gemeinsame Aktionen gegen Kapitalisten. Sie erweiterten und universalisierten ihr Solidaritätsverständnis und eigneten sich zunächst Fremdes an. Lohndumping sollte dann nicht mehr vorrangig durch Marktschließung gegenüber »Lohndrückern« verhindert werden, sondern durch universell gültige Lohnnormen. Und »Fremde« wurden auch durch Anerkennung unterschiedlicher kultureller Normen zu Kolleg*innen. Didier Eribon beschreibt ähnliches für die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts: Die rassistischen Einstellungen vieler französischer Arbeiter (und KPF-Wähler) gegenüber nordafrikanischen Arbeitern konnten am ehesten durch gemeinsame Streikerfahrten abgebaut werden (Eribon 2009).

Ein solcher Prozess ist nie abgeschlossen. Gemeinschaften müssen immer wieder Schließungstendenzen zugunsten allgemeiner Schutznormen abbauen. Sie müssen ihre bisherigen kulturellen Normen und Identitäten in Frage stellen, wenn sich Strukturen ändern. Denn das eigene Gerechtigkeitsgefühl, der eigene soziale Status, der Anspruch auf ein respektiertes Leben erschöpft sich nicht in sozialökonomischen Arbeitsbedingungen, sondern umfasst immer auch kulturelle Normen über eine angemessene Lebensform, über einen respektierten Status im Verhältnis zu Anderen. Das blendet S. Wagenknecht aus, wenn sie die »soziale Frage« eindeutig über die kulturelle stellt und z.B. fordert, dass sich Arbeiter vorrangig über diesen Status definieren (S. 106). Sie blendet damit aus, dass es immer auch »klassenintern« Abgrenzungen und Abwertungen gab, die in der Arbeiterbewegung aufgegriffen und bekämpft wurden. Für sie hat z.B. ein homosexueller LKW-Fahrer nichts gemein mit dem homosexuellen Studenten aus gutem Hause (S. 133f.). Aber wünscht sich der LKW-Fahrer nicht zusätzlich zu einem stabileren, besser bezahlten Arbeitsplatz auch, von seinen heterosexuellen Kollegen voll akzeptiert zu werden – genauso wie es sich der Student wünscht, der vielleicht aus einer konservativen Familie kommt? Ist es zuviel verlangt, Diskriminierung in mehrere Richtungen zu bekämpfen?

An anderer Stelle zitiert sie die Untersuchung von Arlie. R. Hochschild über Anhänger*innen der Tea-Party-Bewegung in den Südstaaten der USA (S. 115): Hochschild schilderte deren Groll auf diejenigen, die sich in der Warteschlange »vorgedrängt hätten« – Frauen, Latinos, Schwarze, gefördert durch staatliche Anti-Diskriminierungsprogramme. Denn diese weißen Männer beanspruchten für sich ein quasi natürliches Vorrecht auf einen vorderen Platz in der Warteschlange (Dörre 2020 greift das für die BRD auf). S. Wagenknecht zitiert dies Gefühl, abgehängt zu sein, eher als Bestätigung ihrer Kritik an einer Diversity-Politik. Sie verschweigt, wie A. Hochschild dies bewertet, nämlich als umgekehrte Identitätspolitik. »Trump war der Kandidat

der Identitätspolitik weißer Männer« (Hochschild 2017: 307). Auch die AfD punktet mit ihrer aggressiven Ablehnung der Genderpolitik: 2/3 ihrer Wähler*innen sind männlich. Offensichtlich akzeptieren sie nicht die Infragestellung patriarchaler Werte (Kahrs 2019: 12). Sollen wir das als verständliche Reaktion auf die Bedrohung ihres sozialen Status entschuldigen, und unser Engagement für die Gleichstellung von Frauen zurückfahren?

S. Wagenknecht setzt sich auch nicht damit auseinander, wie traditionelle und ausgrenzende Normen geändert werden können. Sie stellt z.B. lapidar fest, dass es in Deutschland (sie meint die alte BRD, die sie mit Deutschland gleichsetzt, als ob es die DDR nie gegeben hätte) bis in die 1970er Jahre Vorurteile gegen Frauen, Homosexuelle usw. gegeben habe, dass aber »die meisten Menschen heute sehr viel liberaler denken als noch vor Jahrzehnten« (S. 96). Sie untersucht nicht, wie es zu diesem Wandel kam. Dafür führt sie aber eine heftige Philippika gegen die »abgehobene 68er-Bewegung«, die später die SPD gekapert und den Arbeitern entfremdet hätte (ebd.). Sie unterschlägt deren Anteil an der späteren Liberalisierung vieler traditioneller Normen (und an der Aufarbeitung der verdrängten Nazi-Vergangenheit und der Kontinuität der Nazi-Eliten in der BRD). Sie unterschlägt, dass es auch eine Lehrlings- und eine Frauenbewegung gab, die gegen patriarchale Verhältnisse im Betrieb und in den Familien kämpfte; dass auch in Betrieben und Gewerkschaften viele Jüngere gegen korporatistische, sozialpartnerschaftliche Strukturen aufbegehrten. Die angeblich gekaperte SPD setzte mit dem Motto »Demokratie wagen« etwas mehr Demokratie auch in den Betrieben durch (neues Betriebsverfassungsgesetz, Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung). All das war verbunden mit z.T. heftigen Auseinandersetzungen auch zwischen den Generationen, hat aber wesentlich zu den späteren liberaleren Einstellungen geführt. All das muss S. Wagenknecht nicht unbedingt wissen. Aber warum geht sie der Frage nicht nach, wie es zu dieser Liberalisierung kam, sondern maßt sich ein so abwertendes Urteil an?

Ein solcher Prozess der Universalisierung erfordert, dass Gemeinschaften sich gegenüber anderen öffnen: Abhängig Beschäftigte lernen dann, den Wert der eigenen Arbeit und den Wert Anderer gleichermaßen zu schätzen. Sie lernen, ihre eigenen Vorstellungen über ein respektables Leben nicht zum allgemeinen Maßstab zu machen. Dieser Prozess gelingt eher – darauf weist Wagenknecht zurecht hin –, wenn Menschen sich individuell und kollektiv stark genug dazu fühlen, den eigenen Status, den eigenen Lebensentwurf in Frage zu stellen. Insofern sind Krisenzeiten häufig auch Zeiten der Abschottung und der Abwehr Fremder. Es wäre deshalb genauso falsch, die soziale Frage auszublenden. Aber auch auch im besten Fall werden Gemeinschaftswerte und universelle Werte keine »harmonische« Einheit bilden. Je stabiler

Gemeinschaftsbeziehungen sind, desto eher verfestigen sie sich, desto stärker irritieren Veränderungen. S. Wagenknecht unterschätzt dieses ständige Konfliktpotenzial zwischen Gemeinschaftswerten und universellen Werten mit ihrem Bild, dass Gesellschaften auf stabilen Gemeinschaften ruhen müssten. Umgekehrt können auch »Lifestyle-Liberale« ihre eigenen spezifischen Lebensbedingungen und Werte verabsolutieren. Um ein überstrapaziertes Bild aufzugreifen: Wir leben alle mehr oder weniger in einer Blase. Entscheidend ist, ob wir uns das eingestehen, und inwieweit wir sie durchlässig machen (zugegeben ein schiefes Bild, denn durchlässige Blasen gibt es nicht).

Richtig ist: Wenn der öffentliche Mainstream traditionell-konservative Denkstrukturen für »überholt« erklärt, werden sie häufig nicht mehr ausgesprochen, werden Teil einer »Schweigespирale«. Insofern machten wir uns lange Zeit wahrscheinlich Illusionen darüber, wie stabil liberale Werte bereits verankert sind, bis die AfD auftauchte und deren Äußerungen wieder hoffähig machte. Es reicht deshalb nicht aus, konservative oder reaktionäre Einstellungen einfach zu tabuisieren. Wir müssen uns mit deren Vertreter*innen auseinandersetzen.

Resümee: In jeder Gesellschaft fühlen sich Menschen auch Gemeinschaften zugehörig, die sich nach ähnlichem sozialem Status, nach Lebenseinstellungen und Werten bilden, und die sich Vertrauen und wechselseitige Hilfe geben. Die Gefahr der wechselseitigen Abgrenzung kann gebannt werden, wenn in gemeinsamen Auseinandersetzungen über diese Gemeinschaften hinaus Solidarität sich erweitert, und wenn durch Berührungspunkte mit Anderen sich Lebenseinstellungen relativieren. Wenn bestimmte Gruppen auf Vorrechten pochen, die quer zur »Klassenfrage« stehen (Geschlecht, Ethnie), müssen diese auch benannt und in einer Auseinandersetzung abgebaut werden. Würden wir die soziale über die kulturelle Frage stellen, würden wir uns von dem Ziel verabschieden, gemeinsam für universelle Normen zu kämpfen. Diese Auseinandersetzungen können zwar in Zeiten wirtschaftlicher Stabilität leichter geführt werden. Aber soll die Linke die kulturelle Frage so lange zurückstellen, bis die soziale Frage gelöst ist?

Liberaler Aufklärung versus Identitätspolitik?

S. Wagenknecht sieht durch die »Identitätspolitik« den Gebrauch der Vernunft und damit ein Kernstück der Aufklärung gefährdet (S. 107). Es ist in der Tat inakzeptabel, wenn »Identitätspolitiker*innen« Kant, Hegel usw. insgesamt abwerten, weil in ihren Schriften auch rassistische Äußerungen zu finden sind. Inakzeptabel ist auch das neue Feindbild des »alten weißen Mannes«. Denn es

dreht die real existierende Diskriminierung Anderer einfach um, und verbleibt deshalb in der Diskriminierungslogik. Aber diese Übertreibungen rechtfertigen nicht, ein fundamentales Problem der Aufklärung so auszublenden, wie es S. Wagenknecht tut. Zumindest in der eher französischen Aufklärungstradition wurde die menschliche Erkenntnisfähigkeit überhöht: Dieser Zweig der Aufklärung beanspruchte, vieles naturwissenschaftlich erklären und Gesellschaften entsprechend steuern zu können. Es war kein Zufall, dass vor allem im 19. Jahrhundert mit dem Siegeszug der Naturwissenschaften auch aufgeklärte Wissenschaftler*innen in ihren Theorien die sozial bedingten Unterschiede zwischen Geschlechtern und »Ethnien« zu biologischen Unterschieden machten, und damit auch Rassentheorien »wissenschaftlich« begründeten. Es war auch kein Zufall, dass Vertreter*innen der »westlichen Aufklärung« sich nach ihren Vorstellungen ein »fortschrittliches« Menschenbild zurechtschnitten, und danach auch mit repressiver Gewalt andere angeblich weniger entwickelte Völker »erziehen« wollten (z.B. die zwangsweise »Zivilisierung« der Kinder von Ureinwohnern). Dieser Zusammenhang zwischen Moderne und Repression ist inzwischen hinreichend untersucht, stellvertretend sei Zygmunt Baumann genannt. Bis heute neigen auch aufgeklärte Menschen dazu, zu schnell in Kategorien des Geschlechts oder der »Ethnie« zu denken, wenn sie sich sozial bzw. kulturell bedingte Unterschiede erklären wollen.

Traditionelle Gemeinschaftswerte sind nicht nur tief in der Psyche von Menschen verankert, sie spiegeln auch meist die Vergangenheit wider. Man muss sich die eigene Prägung durch solche Werte eingestehen. Ohne eine solche kritische Auseinandersetzung mit ihrer Wirkmächtigkeit besteht die Gefahr, dass Vernunft selektiv zur Rationalisierung und zur »wissenschaftlichen Begründung« dieser traditionellen Werte eingesetzt wird. Auch diesem Problem weicht S. Wagenknecht aus, wenn sie einerseits den Wert traditioneller Werte und andererseits den Wert aufklärerischer Vernunft feiert, ohne deren Spannungsverhältnisse auch nur zu benennen.

Hat der »Linksliberalismus« die soziale Frage verdrängt?

Für S. Wagenknecht dominiert der »linksliberale Mainstream« nicht nur die linken Parteien und die öffentliche Meinung; er hat angeblich auch die soziale Frage weitgehend verdrängt. Bereits als ihr Buch im April 2021 wenige Monate vor der Bundestagswahl 2021 erschien, wurde diese Behauptung durch die Wahlprogramme ihrer Partei DIE LINKE, der SPD und selbst der Grünen widerlegt. Diese Parteien forderten u.a. eine deutliche Erhöhung der Mindestlöhne auf 12/13 €, eine Stabilisierung bzw. Verbesserung der Renten, bezahlbare

Mieten, höhere Steuern für Vermögende usw. Man rieb sich zwar die Augen, dass ausgerechnet Olaf Scholz – einer der früheren Protagonisten der Agenda 2010 – für diese Forderungen warb. Aber bereits in der Großen Koalition hatte die SPD kleine Schritte in Richtung Re-Regulierung durchzusetzen versucht. Die massive Kritik an ihrer früheren Agenda-2010-Politik und die schlechten Wahlergebnisse schienen gewirkt zu haben. Vor allem aber waren in den letzten Jahrzehnten Gegenbewegungen entstanden, die zwar häufig für spezifische Ziele kämpften, aber auch breite Bündnisse miteinander bildeten. Für diese Bündnisse – getragen von Kirchen, Gewerkschaften, NGOs – waren Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und nach mehr Rechten für »Minderheiten« kein Gegensatz: für die Rekommunalisierung von Krankenhäusern, der Energieversorgung, für den Ausbau öffentlicher oder gemeinnütziger bezahlbarer Wohnungen, für sichere Renten, für den Abbau der Einkommens- und Vermögensungleichheit, für fairen Welthandel, für aktive Klimapolitik, für Integration von Flüchtlingen, für Ehe für Alle usw.. Der in der Tat delegitimierte Neoliberalismus (er sollte aber nicht vorschnell für tot erklärt werden) wurde also nicht einfach von »Lifestyle-Linken« ersetzt. Die etablierten Parteien wurden geschwächt, eine rechtsradikale Bewegung entstand, aber gleichzeitig auch gesellschaftskritische Gegenbewegungen. Es lohnt sich, anhand dieser Bewegungen mit all ihren Widersprüchlichkeiten zu untersuchen, ob bzw. wie es gelingen kann, durch gemeinsaem Aktivitäten die soziale und die kulturelle Frage zueinander zu bringen.

Die Ausgangslage ist kompliziert. Denn Umfragen zeigen (alle zitiert nach Kahrs 2021), wie ambivalent inzwischen Viele ihre Lage einschätzen: Die eigene wirtschaftliche Lage wird relativ optimistisch eingeschätzt (ebd.: 15). Dies wird aber durch die vielen ungelösten Probleme wie Klima, Rente, Zuwanderung, Bildungspolitik usw. überlagert (keines steht eindeutig im Vordergrund). Am deutlichsten wird diese Diskrepanz am Thema Klimawandel: Obwohl die Mehrheit den Schutz des Klimas für notwendig hält, befürchten sie gleichzeitig, in Bezug auf ihre Arbeitsplätze und ihre Konsumgewohnheiten überfordert zu werden (ebd.: 6) Die Zukunft wird deshalb als eher unsicher und bedrohlich angesehen. Diese Ambivalenzen müssen wir aufnehmen, und z.B., die ökologische und die soziale Frage zusammen denken.

Am Beispiel Mindestlohn: Für S. Wagenknecht ist zu Recht die Ausweitung der Niedriglöhne seit den 1990er Jahren (von Kanzler Schröder Anfang der 2000er Jahre als Erfolg gefeiert) eine der brennendsten sozialen Fragen. Sie unterstellt aber, dass seitdem nichts geschehen sei, u.a. weil die »Lifestyle-Linke« sich lieber um Sprache und Symbolik kümmern würde, statt mit dem Thema Mindestlohn »mit einflussreichen wirtschaftlichen Interessengruppen in Konflikt zu geraten« (S. 39). Sie blendet damit die breite Bewe-

gung für höhere Mindestlöhne und und deren erste Erfolge aus. S. Wagenknecht muss sich nicht in der komplizierten Gemengelage von gesetzlichem Mindestlohn, branchenbezogenen Mindestlöhnen nach EU-Entsenderichtlinie und allgemeinverbindlichen Tarifverträgen auskennen. Aber wie kommt sie dann zu dem Urteil »mickriger Mindestlohn« (S. 247), und erwähnt weder die bisher erreichten Verbesserungen, die breite Unterstützung dafür auch aus der »akademischen Mittelschicht«, noch die weitergehenden Forderungen ihrer eigenen Partei? Bereits der eher niedrige gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € aus dem Jahr 2015 und die folgenden Erhöhungen führten dazu, dass für Beschäftigte im untersten Zehntel die Stundenlöhne stiegen (Karina/Weinkopf 2018). Der jetzige Satz von 9,60 € liegt zwar immer noch deutlich unter der Niedriglohnschwelle von 11,05 € von 2018 (also unter der 2/3-Schwelle des Median-Durchschnittseinkommens). Trotz gesetzlichem Mindestlohn und trotz gesunkener Arbeitslosigkeit müssen deshalb immer noch mehr als 21% aller abhängig Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter der Niedriglohnschwelle arbeiten (Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Aber der Konflikt hat sich verbreitert: In vielen Branchen konnten Gewerkschaften auch mit dem Rückenwind von betrieblicher Kampfbereitschaft und öffentlicher Unterstützung höhere verbindliche Branchenlöhne durchsetzen. Dazu gehören vor allem Branchen mit hohem Frauen- und Migrant*innen- Anteilen. Ein Auszug aus der Liste (immer für Ungelernte): Baugewerbe Mindestlohn 12,85 €, gewerbliche Gebäudereinigung 11,11 €, Geld- und Wertdienste 12,16 €, ungelernete Pflegekräfte 11,80 €, Pflegefachkräfte 15,00 €, Zeitarbeit/Leiharbeit 10,45 €, Fleischwirtschaft (als Ergebnis des Tönnies-Corona-Skandals) über einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag ab 1.1.22 11,00 €. Diese Einzellösungen müssen dringend durch einen flächendeckenden höheren Mindestlohn verallgemeinert werden. Dafür scheinen die Chancen gestiegen zu sein, nachdem SPD, Grüne und FDP gemäß ihrer Sondierungsvereinbarung für eine neue Regierungskoalition noch 2022 den Mindestlohn auf 12 € anheben wollen. Selbst die EU-Kommission hat 2020 eine Richtlinie für die nationale Durchsetzung von Mindestlöhnen vorgeschlagen, um die Armut im jeweiligen Land abzubauen und Hochlohnländer wie Deutschland vor Lohndumping zu schützen. Es ist offen, wie die Auseinandersetzung ausgeht. Aber warum negiert S. Wagenknecht diese Bewegung und bleibt bei ihrem Konstrukt eines »linksliberalen« Mainstreams ohne Rücksicht auf die soziale Frage?

Am Beispiel Leiharbeit: S. Wagenknecht zieht als Beweis für die politische Durchsetzungsmacht der oberen Zehntausend auch die ausbleibende gesetzliche Regelung zur Leiharbeit heran (S. 247). Richtig ist, dass die Große Koalition wegen des Widerstandes der Union die Leiharbeit nur minimal bes-

ser regulierte. Aber auf betrieblicher und tariflicher Ebene konnte teilweise mehr durchgesetzt werden – und solche Bewegungen sind häufig die entscheidende Grundlage für eine spätere gesetzliche Verallgemeinerung. Zugleich lassen sich an diesem Beispiel Lern- und Solidarisierungsprozesse innerhalb der Belegschaft zeigen. Als Leiharbeit und Werkverträge ausgeweitet wurden (auch ein Vermächtnis der Agenda 2010), um Tarifniveaus zu schleifen und eine stabile Interessenvertretung zu schwächen, überwogen zunächst in vielen Betrieben eher Spaltungstendenzen – »Stammebelegschaften gegen Randbelegschaften«. Gewerkschaften und auch viele Betriebsräte griffen aber diesen Konflikt auf und forderten statt einer Abschottung die Gleichstellung zwischen »Randbelegschaften und Stammebelegschaften« sowohl aus Gründen der Solidarität als auch, um Lohndumping zu verhindern. Das gelang in wichtigen Industriebranchen. Die IG Metall setzte z.B. Lohnzuschläge für Leiharbeiter*innen in der Metallindustrie zusätzlich zum Branchen-Mindestlohn durch. Große Unternehmen mussten durch Betriebsvereinbarungen den Anteil von Leiharbeiter*innen begrenzen und bisher beschäftigte davon in feste Arbeitsverhältnisse übernehmen.

Diese Prozesse belegen, wie ambivalent »normal« Beschäftigte zunächst auf »Randbelegschaften« reagieren – einerseits abweisend, weil sie nicht »dazugehören« und angeblich nicht die gleiche Leistung bringen (damit rechtfertigen sie die häufig erheblichen Lohnunterschiede); andererseits mit dem Eingeständnis, dass die ungleiche Bezahlung und Behandlung bei gleicher Arbeit nicht gerechtfertigt sei (siehe dazu die Untersuchung von Hürtgen/Voswinkel 2014). Die bisher erreichten Verbesserungen sind weit entfernt vom eigentlichen Ziel des Verbots bzw. der völligen Gleichstellung von Leiharbeit (was sie uninteressant machen würde). Aber es bestätigt, dass Beschäftigte auch in Zeiten ökonomisch/sozialer Unsicherheit und Deregulierung nicht einfach mit Abschottung auf die Bedrohung ihres sozialen Status reagieren, sondern sich für universellere Regelungen öffnen, wenn sie an entsprechenden Auseinandersetzungen beteiligt werden.

Am Beispiel Gleichberechtigung von Frauen: S. Wagenknechts Hauptthese: Die Auseinandersetzung um Gender-Politik und um Frauenquoten habe der Mehrzahl der Frauen wenig genützt. Sie würde sich fast nur in den »oberen Rängen« abspielen (S. 109). Auch die »umjubelte« Emanzipation der Frau sei in erster Linie eine Emanzipation der Akademikerinnen. Für Frauen ohne Abitur habe sie kaum oder garnicht stattgefunden. Denn dort herrschten ausbeuterische Arbeitsverhältnisse vor. Frauen müssten dort arbeiten, weil das Einkommen des Mannes die Familie nicht mehr ernähren könne. Jenseits der akademischen Wohlstandszonen bedeute also der Abschied von der Normalfamilie (meint sie damit das männliche Familiener-

nährer-Modell?) für viele Frauen nicht Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung, sondern zusätzliche Härten und Lebensangst (S. 136).

Wieder greift sie Übertreibungen bzw. Einzelaspekte einer Bewegung auf, um diese insgesamt zu diskreditieren. Manche Auseinandersetzungen um Gender-Sternchen, -Doppelpunkt oder -Unterstrich sind in der Tat nervig. Die Kassiererin im Supermarkt wird damit nichts anfangen können. Selbstverständlich dominiert die Auseinandersetzung um Frauenquoten in Vorständen und in Aufsichtsräten die öffentliche Diskussion. Selbstverständlich gab und gibt es Frauen, die nur deshalb arbeiten, weil der Ehemann mit seinem Gehalt eine Familie nicht mehr ernähren kann. Aber spiegelt das insgesamt wider, was sich vor allem in Westdeutschland in den letzten ca. 50 Jahren fundamental geändert hat? In Ostdeutschland hatte sich bereits früher ein anderes Muster mit hoher Frauenerwerbstätigkeit und dem Wunsch nach ökonomischer Unabhängigkeit durchgesetzt, das bis heute relativ stabil geblieben ist (S. Wagenknecht erwähnt es nicht).

Die Frauenerwerbstätigkeit in Westdeutschland stieg, auch weil sich Unternehmen dies Erwerbspotenzial zunutze machen wollten. Aber vor allem wuchs der Wunsch vieler Frauen, sich durch Erwerbsarbeit einen eigenen Lebensbereich und eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit neben Haushalt und Familie zu schaffen. Dieser Wunsch blieb nicht auf die Akademikerinnen-Schicht beschränkt. Auch in Beschäftigungsverhältnissen unterhalb der Akademikerin konnten Frauen einen eigenen Lebensbereich zusätzlich zum familiären Bereich aufbauen, auch durch bessere Qualifikationsmöglichkeiten und durch den Ausbau von Arbeitsplätzen im mittleren Qualifikationsbereich. Die Erwerbsbiographien junger Frauen und junger Männer unterscheiden sich inzwischen deutlich weniger als früher, bis – und hier bricht die Erfolgsgeschichte der Annäherung in Westdeutschland ab – das erste Kind kommt (Hohler 2020: 20).

Trotz aller Wünsche nach partnerschaftlicher Aufteilung von Beruf und Familie übernimmt in den meisten Fällen der Mann wieder die Ernährerrolle, die Frau zieht sich meist auf Teilzeit zurück mit all den fatalen Folgen für die spätere eigene Rente und die finanzielle Situation nach einem Scheitern der Ehe. Die Gründe dafür: In der Arbeitswelt sind Beruf und Familie schwer zu vereinbaren, da Unternehmen durch das deregulierten Zeitregime von Beschäftigten meist eine Erreichbarkeit ohne Rücksicht auf familiäre Belange verlangen. Die Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen reicht immer noch nicht aus, aber auch bei Eltern scheinen entgegen ihrer ursprünglichen Absicht wieder tief sitzenden kulturelle Normen in Bezug auf Mutter- und Vaterrolle aufzutauchen und zu einer Retraditionalisierung der Rollen zu führen.

Das gesamte Feld ist politisch umkämpft, nachdem auch vormals konservative Parteien (z.B. die CDU unter Merkel) die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen wollen. Gleichberechtigungspolitik hat sich deshalb entgegen Wagenknechts Bild nicht in Frauenquoten für Unternehmensvorstände und gendergerechte Sprache erschöpft. Die öffentlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten wurden vor allem in Westdeutschland deutlich ausgebaut, wenn auch immer noch nicht auf das Niveau Ostdeutschlands. Die verschiedenen gesetzlichen Regelungen zum Elterngeld und Elternurlaub versuchen – wenn auch unzureichend und zeitlich begrenzt – Beruf und Kinderbetreuung vereinbar zu machen. Betriebsratsgremien müssen nach (zugegebenermaßen komplizierten) Geschlechterquoten besetzt werden. In großen Betrieben und Verwaltungen (vor allem im öffentlichen Dienst) gilt bei der Stellenbesetzung häufig »bei gleicher Qualifikation müssen Frauen bevorzugt werden...«. In vielen Tarifverträgen konnte das Prinzip »gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Tätigkeit« zumindest halbwegs durchgesetzt werden. Diese Auseinandersetzungen wurden übrigens seit den 1970er Jahren sehr unterstützt durch Bündnisse zwischen der Frauenbewegung und Gewerkschafterinnen. Die aktuellen Auseinandersetzungen um eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen und Pflegekräften im öffentlichen Dienst sind ein weiteres Beispiel dafür. All das war und ist in vielen Betrieben oder Tarifkommissionen nach wie vor hart umkämpft, da hier Aufstiegschancen oder Lohnzuwächse zwischen Männern und Frauen anders verteilt werden müssen. Die traditionelle Sicht, Frauenarbeit sei weniger wert als Männerarbeit (»Familienernährer«), musste korrigiert werden. All das reicht bei weitem nicht aus, aber es zeigt die Breite der Aktivitäten für mehr Gleichstellung.

Das dickste Brett bleibt aber bestehen: Wie können Männer und Frauen auch in der Familienphase sich gleichberechtigt Beruf und Familie teilen? Wie können durch kürzere Arbeitszeiten und durch Wahlarbeitszeiten Beruf und Familie für Männer und Frauen besser vereinbar werden? Wie können Unternehmen gezwungen werden, Rücksicht auf die Privatbedürfnisse der Beschäftigten zu nehmen statt umgekehrt? Denn hier geht es um die Macht über das Personal: Sollen sich abhängig Beschäftigte im Einsatz ihrer Arbeitskraft nach den Profitinteressen des Unternehmens richten, oder muss das Unternehmen seine Interessen zugunsten der »Privatinteressen« von Beschäftigten zurückstellen? Dies ist ein hoch umkämpftes Konfliktfeld, sowohl in der Tarifpolitik (siehe IG Metall-Tarifvertrag zur Wahlarbeitszeit) als auch zwischen den Parteien (siehe entsprechende Forderungen der Partei DIE LINKE). Auch mit diesen Themen muss sich S. Wagenknecht nicht im Detail beschäftigen haben. Aber agiert nicht auch sie abgehoben, wenn sie sich so wenig für die Kämpfe von Frauen unterhalb der Akademikerschicht interessiert?

Am Beispiel Internationaler Welthandel: S. Wagenknecht beschreibt zurecht, in welchem Ausmaß globale Konzerne die internationalen Lohnunterschiede ausnutzten, um bisher gut bezahlte Arbeitsplätze in Entwicklungsländer mit niedrigerem Lohnniveau auszulagern oder dort neu anzusiedeln. Sie konstatiert zurecht, dass der Siegeszug der neoliberalen Politik – der Abbau einer nationalen Wirtschaftspolitik mit Schutzregeln wie Zölle, Einfuhrbeschränkungen usw. – dies massiv verstärkt hat. Ob ihre Aussage stimmt, dass auch die Löhne in reichen Industrieländern durch diese Verlagerung generell gesenkt worden sind, und dass die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung insgesamt nicht Nutznießer der Billigproduktion in Entwicklungsländern ist (S. 169), sollte zumindest für Deutschland (Exportweltmeister!) in Frage gestellt werden. Andere Autoren wie Stephan Lessenich argumentieren, dass auch hiesige abhängig Beschäftigte zumindest teilweise von der »Externalisierung« von Kosten und den entsprechend niedrigen Preisen profitieren (Friedrich Engels griff am Beispiel Großbritanniens dies Problem der »Arbeiteraristokratie« schon früher auf).

S. Wagenknecht unterstellt, dass die »Lifestyle-Linker« diese Globalisierung nutzen würde, um den Nationalstaat zu schwächen und dessen Lösungskompetenz »auf transnationale Multi-Stakeholder-Gruppen« zu übertragen (S. 228). Zu Recht weist sie daraufhin, dass die behauptete Entmachtung der Nationalstaaten – die angebliche Auslieferung an globale Sachzwänge – übertrieben werde, um sich dahinter verstecken zu können (S. 238). Für eine internationale Re-Regulierung sieht sie aber wenig bis keine Chancen: »Globale Märkte kennen [...] keine Regeln, weil es auf globaler Ebene keine machtvollen Regulierungsinstanzen gibt« (S. 310). Stattdessen fordert sie eine Deglobalisierung und die Stärkung einer nationalen staatlichen Wirtschaftspolitik, wiederum mit dem Argument, »da es global keine Instanzen gibt, die Märkte regulieren und Standards setzen können.« (S. 315). Wie kann sie die zentrale Rolle von internationalen Organisationen wie WTO, OECD, Weltbank, IWF oder der G 20-Gruppe – natürlich beherrscht von einigen starken Nationalstaaten wie den USA – so ausblenden? Ohne diese Organisationen und ohne deren durchgesetzte Regelwerke wäre die Ausweitung des internationalen Handels und der Abbau nationaler Schutznormen langsamer verlaufen. Denn auch Multinationale Konzerne legen großen Wert auf international verbindliche Regeln, um ihre Investitionen vor »unbotmäßigen« nationalen Eingriffen zu schützen (siehe Investitionsschutzregeln in vielen Freihandelsabkommen). Wie soll unter diesen Bedingungen wieder »deglobalisiert« und die Macht von kleineren Nationalstaaten gestärkt werden – es sei denn, man hat das Gewicht von China oder den USA? Die zwischen den G20 verabredete Einführung einer globalen Mindeststeuer für multinationale

nale Konzerne – so bescheiden sie sein mag – zeigt doch, dass Nationalstaaten durch neue internationale Vereinbarungen Fortschritte im Kampf gegen Multinationale Konzerne erreichen können.

Sie blendet außerdem erneut aus, dass gegen diese neoliberale Globalisierung internationale globalisierungskritische Gegenbewegungen entstanden, die von unterschiedlichen Gruppen – Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Organisationen, NGOs – getragen werden. Die Organisationen reichen von eher moralisch- karitativ arbeitenden »Dritte-Welt-Läden« bis zu militant antikapitalistischen Bewegungen, die gegen WTO und G 20-Runden kämpfen. Aber auch hier entstanden Bündnisse, nicht zuletzt mit Gewerkschaften, auf der Ebene der EU: Die großen Demonstrationen gegen Freihandelsabkommen wie TTIP führten dazu, dass deren Verabschiedung im EU-Parlament und in nationalen Parlamenten gestoppt wurde. Staaten weichen zwar auf andere bilaterale Abkommen wie CETA aus; der große Durchbruch läßt also für beide Seiten auf sich warten. Aktuell gewinnt aber eine Bewegung an Fahrt, die große Unternehmen in ihrer gesamten weltweiten Lieferkette zur Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards (UNO Menschenrechtskonvention) bei den dort Beschäftigten zwingen will – also eine zutiefst soziale Frage. Der UNO-Menschenrechtsrat wirbt unter dem Titel »binding treaty« für ein solches verbindlichen Regelwerk. Er stößt bisher zwar auf harte Blockaden in der UNO, aber diese Initiative wurde inzwischen in der EU und in der BRD aufgegriffen: Der deutsche Bundestag verabschiedete Mitte 2021 gegen den Widerstand von Wirtschaftsverbänden ein Lieferkettengesetz, das große deutsche Unternehmen zumindest in den eigenen Produktionsbetrieben und in den direkt von ihnen beauftragten Unternehmen weltweit zur Einhaltung sozialer Mindeststandards gegenüber den dort Beschäftigten (einschließlich ihrer Recht auf eigene Interessenvertretung) verpflichtet – kein großer Durchbruch, aber ein erster Schritt. Das EU-Parlament fordert ebenfalls die Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes (unterstützt vom zuständigen EU-Kommissar), das hoffentlich über das deutsche Gesetz hinausgeht. Große Konzerne fürchten inzwischen den Image-Verlust, wenn sie direkt oder indirekt verantwortlich gemacht werden für die Verletzung existentieller sozialer Mindestnormen.

In diesem Zusammenhang spielen NGO's eine große Rolle. Auch damit setzt sich S. Wagenknecht kaum auseinander, sondern beläßt es bei der falschen und ehrenrührigen Behauptung, sie seien »von weltweit tätigen Konzernen finanziert« (S. 227), und eingebunden in Multi-Stakeholder-Initiativen, durch die Nationalstaaten weiter geschwächt werden sollten. Viele NGOs arbeiten in der Tat in solchen Initiativen und »Runden Tischen« aller Art mit. Aber gerade aufgrund dieser Erfahrungen setzten sich NGOs bei

der Auseinandersetzung um ein Lieferkettengesetz vehement für gesetzlich verbindliche Regelungen und gegen freiwillige Absprachen ein. Dass manche NGOs eher Mittelschicht-geprägt sind, dass manche Aktionen gegen »billige T-Shirts und Billigfleisch« moralisch aufgeladen und blind gegenüber den finanziellen Nöten von Menschen mit kleinen Einkommen sind, stimmt. Aber viele NGOs blenden diese Probleme nicht aus, und fordern z.B. mehr Geld für untere Einkommen, damit sich Alle fair gehandelte Produkte leisten können (siehe dazu die Argumente der Initiative Lieferkettengesetz).

Am Beispiel Klimakrise: Man kann sehr wohl wie S. Wagenknecht Konzepte kritisieren, die die Klimakrise vorrangig durch Verzicht auf Wachstum und Konsumverzicht lösen wollen (S. 291). Aber wieso erklärt sie diese Auffassung zum Mainstream der Klimabewegung und behauptet, die Wortführer der Klimaproteste – z.B. »Friday for Future« – seien gleichgültig gegenüber der Angst vieler Menschen um den Verlust ihrer sozialen Existenz? Klimabewegte, die auch soziale Probleme einbeziehen wollten, gäbe es zwar, sie seien aber untypisch (S. 34). Die Mehrheit in der Bevölkerung sei zwar für Klimawandel, reagiere aber allergisch, wenn ihnen ihr Lebensstil madig gemacht werde. Durch die monatelangen Aktivitäten der Bewegung »Friday for Future« hätten Klimaschutzziele sogar an Popularität verloren (S. 200). Anstelle eines Konsumverzichts oder einer Verteuerung des CO₂-Preises wirbt sie für neue Technologien, die Wirtschaftswachstum und Konsum ohne Klimaschäden ermöglichten. Ob ihr Vorschlag, statt einer Förderung von Elektroautos 1-3-Liter-Verbrennerautos zu entwickeln (S. 291), auf der Höhe der Zeit ist, ist sehr zu bezweifeln. Selbst die Automobilindustrie hat das hinter sich gelassen. Aber selbst wenn neue Technologien den Konflikt zwischen Wachstum und Klimaneutralität irgendwann lösen sollten, stellt sich die Frage, was wir in der Zwischenzeit machen. Denn deren Entwicklung und Implementierung braucht Zeit, die wir nicht mehr haben. Und auch der Einsatz neuer Technologien wird Wirtschaftsstrukturen fundamental verändern, mit allen negativen Folgen für die dort Beschäftigten.

Diesem Zielkonflikt zwischen der notwendigen ökologischen Transformation und den damit verbundenen Folgen für Arbeitsplätze und Konsum stellt sie sich aber nicht. Auch hier sind viele Bewegungen inzwischen weiter: Lange Zeit agierten Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen zwar eher »strukturkonservativ« (manche Anpassungsprozesse wurden dadurch herausgeschoben und werden jetzt schmerzhafter). Manche Klimaaktivist*innen blendeten lange Zeit die Angst von Betroffenen um den Arbeitsplatz in der Braunkohle, der Automobilindustrie usw. aus oder machten sie sogar verächtlich. Inzwischen suchen beide Seiten aber Bündnisse für eine sozial-ökologische Transformation. Der Kohlekompromiss –

so unzureichend er ist – steht ebenso dafür wie Branchenbündnisse z.B. in der Automobilindustrie. Die unterschiedlichsten politischen Gruppierungen (auch die Partei DIE LINKE) entwickeln Konzepte für eine »sozial-ökologische Transformation«, um diesen Zielkonflikt aufzulösen. Dies ist inzwischen auch bei den Grünen und dem Gros der Klimabewegten angekommen. Warum nimmt S. Wagenknecht das nicht zur Kenntnis oder entwickelt eigenen Vorstellungen? Bei ihrem Plädoyer für stabile und gut bezahlte Arbeitsplätze müssten doch gerade für sie Konzepte für einen klimafreundlichen Umbau der Industrie und dem Erhalt gut bezahlter und stabiler Arbeitsplätze zentral sein.

Am Beispiel Wirtschaftsordnung: S. Wagenknecht wirbt für eine Umgestaltung des Kapitalismus. Sie fordert einerseits eine Einschränkung des Marktes über mehr staatlichen Vorgaben und durch eine Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Andererseits soll die Marktwirtschaft wieder durch echtes »Leistungseigentum« bestimmt werden: Große Unternehmen in Hand anonymer Kapitalgeber sollen entflochten und ersetzt werden durch Unternehmen, die von den Kapitaleigentümern direkt und mit voller Verantwortung geführt werden. Das fördere einen innovativen Wettbewerb und langfristige Investitionen, da die Kapitalgeber direkt an das Unternehmen gebunden seien (S. 291ff.).

Bei der entscheidenden Frage, wer denn die Leistung in diesen Unternehmen erbringt – die Eigentümer oder die dort Arbeitenden – bleibt sie merkwürdig ungenau: Durch ein »Leistungseigentum« solle sichergestellt werden, dass von den Früchten der Arbeit alle profitieren – vom Geschäftsführer bis zum einfachen Arbeiter (S. 299). Bei der Kontrolle des Kapitaleigentums bleibt sie ähnlich ungenau: Kontrollorgane seien nötig, in die »Mitarbeiter« – vom Hilfsarbeiter bis zum leitenden Angestellten – entsandt werden sollten (S. 294). Damit umschifft sie eine der historisch wichtigsten und umstrittensten Fragen der Linken, wie denn eine Alternative zum Kapitalismus auszusehen habe: Sozialisierung des Privatkapitals in den Händen der Arbeitenden oder Bändigung des Kapitalismus durch Mitbestimmung und staatliche Lenkung. Sie bezieht sich gleichzeitig positiv auf die Idee des deutschen »Ordoliberalismus«, der mittelständische, inhabergeführte Unternehmen favorisierte und ihnen das Recht zusprach, sich die erwirtschafteten Gewinne anzueignen. Denn sie würden mit ihrem Kapital und ihrem Direktionsrecht quasi die Hauptleistung erbringen und das Risiko tragen (siehe dazu ausführlich die Kritik von Wendl 2021 und von Gerhardt 2012). Teilt sie diese Meinung? Welche Bedeutung hat dann die produktive Leistung der abhängig Beschäftigten für sie, die doch die eigentlichen Produzenten der Werte sind und für die sie sich sonst so stark macht? Diese Frage umschifft sie, das

Thema »Wirtschaftsdemokratie« erwähnt sie noch nicht einmal. Man fragt sich wiederum, wie ernst sie es mit den Interessen von abhängig Beschäftigten und ihrer Leistung nimmt, wenn sie dies zentrale Thema so ausklammert.

Am Beispiel Zuwanderung: S. Wagenknecht kritisiert, dass die »Lifestyle-Linke« angeblich eine »lockere Einwanderungspolitik« (S. 140) fordere (wer fordert das?). Damit würde die Gesellschaft weiter gespalten, denn eine weitere Zuwanderung würde die Probleme abhängig Beschäftigter in der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen weiter verschärfen. Alle, die z.B. 2015 auf die Probleme unkontrollierter Zuwanderung hingewiesen hätten, wären »als Rassisten geächtet« worden (S. 10).

In ihrer Kritik an der Zuwanderungspolitik wirft sie die unterschiedlichsten Einwanderungsbewegungen in einen Topf – von der Anwerbung von »Gastarbeitern« ab den 1960er Jahren bis hin zu den Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre und der jetzigen Anwerbepolitik über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Dabei hatte jede dieser Zuwanderungen andere Gründe und andere politische Rahmenbedingungen. Eine fundierte und differenzierte Auseinandersetzung damit würde den Rahmen meines Beitrages sprengen. Ihr Plädoyer für eine Bekämpfung der Ursachen für die Migrationswellen – Armut, Krieg, Verfolgung – ist richtig. Das gehört aber zur offiziellen Rhetorik auch der Bundesregierung und der EU, hinter der man sich gut verstecken kann, solange diese Ziele nicht erreicht sind. Die meisten Organisationen, die sich für Migrant*innen einsetzen, stellen sich aber ganz praktisch der Frage, welche Migrationspolitik erforderlich ist, solange die Flucht-Ursachen nicht beseitigt sind, und wie die bereits Zugewanderten integriert werden können. Ich werde mich deshalb einerseits auf ihre Aussage konzentrieren, dass die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte die Arbeitsmarktkonkurrenz vor allem im unteren Bereich erhöht, die Löhne gesenkt und die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt habe (S. 157). Vor allem will ich mich aber mit ihrer Behauptung auseinandersetzen, die Integration sei gescheitert, Des-Integration sei die richtige Beschreibung. Denn der Graben zwischen Eingewanderten und Mehrheitsgesellschaft sei zwischen den Zuwanderer-Generationen sogar noch gewachsen (S. 167/168).

Zunächst eine Feststellung: Die Einwanderungswellen in Deutschland wurden immer durch hohe Hürden restriktiv eingeschränkt – ob es der Anwerbestopp für »Gastarbeiter« seit 1972 war (der bis heute gilt, und nur durch einen restriktiven Familiennachzug ergänzt wurde), ob es die Rückführung der Balkan-Flüchtlinge in den 1990er Jahren war oder ob es die bis heute hohen Hürden für Asylsuchende und Flüchtlinge aus Kriegsgebieten sind. Mit der Grenzöffnung 2015 reagierte die Bundesregierung ausdrücklich befristet auf eine sich verschärfende menschliche Katastrophe bei der Flüchtlingsbe-

wegung, die die Bundesregierung und die EU – das nur nebenbei – durch die EU-Dublin-Regelung mit verursacht hatten. Denn dadurch wurde und wird den EU-Ländern mit Außengrenzen die Aufnahme von Asylberwerb*innen aufgehalst. Nach dieser kurzen Zeit der Grenzöffnung kehrte die Regierung schnell zu ihrer restriktiven Politik zurück, sodass die humanitäre Katastrophe an den Außengrenzen und die Fluchtursachen weiter bestehen bleiben. Bis heute bekommen Ausländer*innen außerhalb der EU nur dann eine Arbeitserlaubnis, wenn sie nicht mit deutschen Arbeitssuchenden konkurrieren. Asylanträge werden selten genehmigt, hier »Geduldete« bekommen selten eine Arbeitserlaubnis, auch um deren Integration zu behindern. Sie werden damit in einer quälenden Grauzone zwischen Legalisierung und Abschiebung festgehalten. Das 2020 verabschiedete Fachkräfte-Einwanderungsgesetz öffnet den deutschen Arbeitsmarkt nur für bestimmte Berufe. All das erwähnt S. Wagenknecht nicht, sondern erweckt das Bild einer weitgehend ungehinderter Zuwanderung auch auf den Arbeitsmarkt. Das Gegenteil ist aber der Fall: In den letzten zehn Jahren stieg der Saldo zwischen Ein- und Auswandernden von ca. 100.000 Personen im Jahr 2010 einmalig auf ca. 1,2 Millionen im Jahr 2015, um dann bis 2020 wieder auf ca. 200.000 abzusinken (destatis 2021).

Nur durch die EU-Arbeitnehmer-Freizügigkeit ab 2011/2014 konnten Erwerbstätige vor allem aus Mittel- und Osteuropa ohne Einschränkungen in Deutschland Arbeit zu suchen. Die damit verbundene Gefahr des Lohndumpings entstand aber weniger durch diesen Zuzug, sondern durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes (Agenda 2010), die Lohndumping erst ermöglichte.

Trotz all dieser Beschränkungen erhöhte sich die Zahl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf inzwischen 21 Millionen, da immer mehr Zuwander*innen blieben und ihre Familien mitbrachten. Die Regierungspolitik hielt trotzdem lange an dem Bild fest, Deutschland sei kein Einwanderungsland und erschwerte damit eine Integration deutlich. Trotzdem konnte die 2. und 3. Zuwanderergeneration ihren Status entgegen der Behauptung von S. Wagenknecht schrittweise verbessern. Dazu einige Fakten:

- Die Gefahr des Lohndumpings konnte eingedämmt werden, weil vor allem in Branchen mit hohem Zuwanderer-Anteil die Gewerkschaften verbindliche Mindestlöhne durchsetzen konnten (ausführlicher im Absatz zu Mindestlöhnen). Die EU-Entsenderichtlinie von 1996 begleitete die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU ausdrücklich mit der Möglichkeit, dass »entsandte« Arbeitnehmer*innen durch allgemeinverbindliche Tarifverträge mit den inländischen Arbeitnehmer*innen gleichgestellt werden – ein wichtiges Mittel gegen Lohndumping!
- Vor allem die ab den 60er Jahren angeworbenen »Gastarbeiter*innen« spielten entgegen S. Wagenknechts Aussage (S. 158) in den Gewerkschaf-

ten und Betrieben eine wichtige Rolle bei Arbeitskämpfen. Zunächst gab es in vielen Betrieben Spannungen zwischen den verschiedenen Nationen, die aber durch die gemeinsame Arbeit abgebaut wurden. Bei der IG Metall sind Migrant*innen genauso hoch organisiert wie die Gesamtmitgliedschaft, in Betriebsräten sind sie sogar überproportional vertreten (Molitor 2021: 27). Die Streiks bei Amazon, im Sicherheitsgewerbe, beim Bodenpersonal an Flughäfen, in der Metall- und Elektroindustrie wären ohne Beteiligung von Migrant*innen nicht denkbar (Dribbusch 2021).

- Der Anteil der Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss liegt bei Jugendlichen aus Zuwandererfamilien immer noch hoch, beträgt aber in der zweiten Zuwanderergeneration nur noch 8,4% gegenüber 22% bei der ersten Generation. Mit Abitur einschließlich Fachabitur schlossen 2017 28,1% der zweiten Zuwanderergeneration die allgemeinbildende Schule ab gegenüber 23,1% im Jahr 2013 (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2019: 108). Der Anteil der Studierenden unter den 18-29-Jährigen lag mit 21,2% bei der zweiten Zuwanderergeneration (also ohne die Gruppe von Studierenden aus dem Ausland) sogar fast so hoch wie bei den Studierenden ohne Migrationshintergrund. 2013 waren es erst 17,5% (ebd.: 110).
- Die Mehrzahl der Haupt- und Realschulabsolvent*innen strebt eine duale Berufsausbildung an, findet aber nur schwer einen Ausbildungsplatz: Die Bundesagentur für Arbeit konnte 2020 nur 29% der Bewerber*innen in eine Ausbildung vermitteln, bei Jugendliche ohne Migrationshintergrund waren es 46% (Mediendienst Integration 2021). Die Bertelsmann-Stiftung – nicht unbedingt eines linken Lifestyles verdächtig – macht dafür u.a. Vorbehalte gegenüber Migrant*innen vor allem türkischer oder arabischer Herkunft verantwortlich (Bertelsmann-Stiftung 2016a: S. 23).
- Auch die Erwerbstätigenquote liegt bei der zweiten Zuwanderergeneration fast auf deutschem Niveau: Bei Männern lag sie 2017 bei 82,9% gegenüber 86,7% der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund. Bei Frauen liegt sie zwar immer noch unter der deutschen Quote, stieg aber zwischen 2013 und 2017 von 68,0% auf 71,7 % (Sachverständigenrat 2019: 112).
- Die Erwerbslosenquote lag laut Mikrozensus 2019 bei Deutschen ohne Migrationshintergrund bei 2,4%, bei Menschen mit Migrationshintergrund bei 5,4% und bei Ausländer*innen bei 6,9% (Mediendienst Integration, Arbeitslosigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund 2021).

Alles in allem: Zwischen der 1. und 2. Zuwanderergeneration verringerte sich entgegen S. Wagenknechts Feststellung der Abstand bei Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu Deutschen ohne Migrationshintergrund. Er ist aber nicht verschwunden. Das wäre angesichts der meist schlechten sozialen Ausgangs-

bedingungen in der ersten Generation auch verwunderlich – auch S. Wagenknecht stellt ja immer wieder fest, wie sehr sich der soziale Status auch zwischen Generationen vererbt, hier noch verstärkt durch die Vorurteile gegenüber Zuwanderern. Warum nimmt sie das nicht wahr?

Auch in Bezug auf kulturelle Prägungen stimmt ihr Bild von den Parallelgesellschaften nicht. Dass Zuwandernde und die hier lebende deutsche Bevölkerung kulturell unterschiedliche Traditionen mitbringen, liegt auf der Hand. So gut wie alle Länder haben eine Jahrhunderte alte Ein- und Auswanderungsgeschichte mit entsprechenden Konflikten hinter sich, die diese Länder veränderte. Wenn es gut ging, lernten die hier Ansässigen und die Zugewanderten wechselseitig kulturelle Unterschiede zu akzeptieren und zu integrieren. Beide Kulturen veränderten sich dadurch – auch die von S. Wagenknecht mehrfach zitierte Mehrheitsgesellschaft, die sonst eine Dominanzgesellschaft wäre. Häufig genug blieben aber Rassismus und Fremdenfeindlichkeit tief verankert, wie das Beispiel USA bis heute zeigt. S. Wagenknecht unterstellt aber, dass »Lifestyle-Linke« die Unterschiede kultivieren wolle und damit die Gesellschaft spalten würde (S. 123). Gleichzeitig würden sich Parallelgesellschaften verfestigen. In der Tat wandert man zwischen Akzeptanz anderer kultureller (z.B. religiöser) Normen und deren Verfestigung auf einem schmalen Grat. Aber ist ein Integrationsverständnis, das Anpassung verlangt, die Antwort? Und vor allem: Anpassung woran, wenn es eine dominierende Leitkultur einer angeblichen Mehrheitsgesellschaft (glücklicherweise) schon lange nicht mehr gibt?

Die Realität zeigt aber, dass verfestigte Parallelgesellschaften die Ausnahme und nicht die Norm sind. Die Bertelsmann-Stiftung untersucht regelmäßig die Einstellungen von in Deutschland lebenden Muslimen, denen ja am ehesten das Leben in einer Parallelgesellschaft unterstellt wird. Ihre Untersuchungsergebnisse: 45 % der hier lebenden Muslime haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Ihre Bindung an die Religion ist zwar höher als bei Christen: 36% schätzen sich als sehr gläubig ein, 50% als eher gläubig. Aber selbst unter den »sehr Gläubigen« empfinden 68% die religiöse Vielfalt ins Deutschland als Bereicherung, 83% sehen in der Gleichberechtigung von Frauen einen fest verankerten Wert (Bertelsmann-Stiftung 2016b: 5). Im Gegensatz dazu spielt für Deutsche ohne Migrationshintergrund das Bild einer Parallelgesellschaften eine große Rolle: Die Mehrheit empfindet »den Islam als bedrohlich«. Der Anteil stieg zwischen 2012 und 2014 (also vor der Flüchtlingswelle 2015!) sogar von 53% auf 57%. 40% fühlten sich 2014 durch die Anwesenheit von Muslimen wie Fremde im eigenen Land. Interessanterweise fühlten sich vor allem diejenigen bedroht (hier 66%), die selber keine Kontakte zu Muslimen hatten. Bei Jugendlichen, die wahrscheinlich häufiger

über die Schule Kontakte hatten, lag der Anteil dagegen bei ca. 30% (Bertelsmann-Stiftung 2015: 9ff.). Konkrete negative Erfahrungen im persönlichen Bereich – Konkurrenz um Arbeitsplätze oder Wohnungen – spielen also für Deutsche, die sich abgrenzen, eine geringere Rolle, als S. Wagenknecht unterstellt. Muslime dienen viele Deutschen offensichtlich eher als wohlfeile Projektionsfläche für ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit.

Zuwanderer leiden nach wie vor noch stärker als Deutsche ohne Migrationshintergrund unter Armut, prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Das sind vor allem Folgen ihres von Anfang an niedrigeren sozialen Status, der sich auch in Deutschland zumindest in der Einwanderer-Generation kaum änderte, weil sie vor allem für gering qualifizierte Arbeitsplätze vorgesehen waren und sind. Die kulturellen Abgrenzungen kamen noch hinzu. Eine stabile Integration in den Arbeitsmarkt und die wechselseitige Anerkennung sind aber die entscheidende Voraussetzung für eine auch gesellschaftliche Integration. Trotz dieser schwierigen Ausgangsbedingungen haben sich die meisten Zugewanderte vor allem der 2. und 3. Generation integrieren können – aufgrund ihrer eigenen Anstrengungen, aber auch aufgrund erfolgreicher (leider zu wenig verbreiteter) Integrationsprogramme. Dass auch Parallelgesellschaften existieren, dass in manchen orthodox-muslimischen Familien Frauen und junge Mädchen unterdrückt werden, sollte gleichwohl benannt und bekämpft werden. Aber wieso erweckt S. Wagenknecht den Eindruck, das präge das Leben einer Mehrheit?

Resümee: Die hier exemplarisch beschriebenen politischer Auseinandersetzungen zeigen, wie offen und widersprüchlich die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse sind. Sie zeigen aber auch, welche Teilerfolge linke Gegenbewegungen durchsetzen konnten. Es scheint wenig wahrscheinlich, dass sich in absehbarer Zeit eine der aktuellen politischen Kräfte eindeutig durchsetzt – weder eine neoliberale Kraft noch solidarisch und sozial ausgerichtete Gegenbewegungen. Wahrscheinlicher ist weiterhin ein »muddling through«, durch das Regierungen und herrschende Kreise versuchen, einzelne Konflikte zu entschärfen und damit Gegenbewegungen quasi »einzufangen«. Strukturelle Probleme wie der Klimawandel, die Zerstörung notwendiger Ressourcen bei Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, die Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen, das Machtungleichgewicht in der Ökonomie – all das wird damit aber nicht gelöst, eher aufgestaut. Das wird weiterhin zu Konflikten, zu Brüchen führen, an die wir anknüpfen können. Das setzt aber voraus, dass wir diese Konflikte zur Kenntnis nehmen, Alternativen entwickeln und die real existierenden Gegenbewegungen gerade in ihren Versuchen, soziale und kulturelle Fragen miteinander zu verbinden, stärken.

Zum Schluss

Die beschriebenen Differenzen zu Sahra Wagenknechts Positionen existieren einerseits in zentraler Politikinhalt: Stärkung des Nationalstaates versus Internationaler Organisationen; Umgang mit Flüchtlingsbewegungen, mit Klimakrise, mit Gleichberechtigungspolitik und gesellschaftlicher Vielfalt. Die Differenzen beruhen gleichzeitig auf einem anderen handlungsleitenden Interesse: S. Wagenknecht beschreibt gesellschaftliche Prozesse durch die Brille eines vorher festgelegten Werturteils, das wichtige Differenzierungen ausklammert. Sie belegt Schichten/Milieus entgegen der Fakten mit eindeutigen positiven/negativen Zuschreibungen. Sie macht aus unterschiedlichen politischen Linien innerhalb der Linken Gegensätze. Sie negiert wechselseitige Lernprozesse in den verschiedenen Bewegungen, und beharrt auf ihrer Gegenüberstellung der sozialen und der kulturellen Frage. Zugleich bleibt ihr Interesse an der sozialen Frage merkwürdig abstrakt und damit nicht glaubwürdig. Sonst würde sie sich mehr mit den realen Problemen, mit den Erfolgen und Misserfolgen der Kämpfe abhängig Beschäftigter beschäftigen, würde sich stark machen für ihre Rechte, anstatt sie in ihrem Alternativteil so außen vor zu lassen. Auch bei ihren Alternativvorschlägen – Stärkung des Nationalstaates, Stärkung von Gemeinschaften, Stärkung eines »Leistungseigentums« – bleibt sie nicht nur unkonkret, sondern grenzt sich auch ausdrücklich von den real existierenden Gegenbewegungen ab.

Ist das die angemessene Grundlage für ein Programm »für Gemeinsinn und Zusammenhalt«, wie sie im Untertitel ihres Buches fordert? Brauchen wir statt einer apodiktischen Abgrenzung gegenüber Anderen nicht eher die gemeinsame Suche nach Alternativen, den gemeinsamen Lernprozess?

In einer Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Für den Richtungswechsel der Politik kämpfen« beschreiben verschiedene Autor*innen drei Szenarien für die absehbare politische Entwicklung: Neben dem »Weiter so« der bisherigen Regierung eine Offensive dezidiert rechter Kräfte, aber als dritte Option auch die Chance zu einer Verstärkung »demokratischer Gegen- und Alternativbewegungen«. Dieter Klein fordert deshalb zu einer »radikalen Realpolitik« einer pluralen Linken auf, die »die praktischen Kämpfe im Heute mit der Perspektive für das Morgen« verbindet (Klein 2019, Einleitungstext). Das ist aus meiner Sicht der beste Ausgangspunkt für linke Diskussionen und Suchbewegungen. Das Buch von Sahra Wagenknecht trägt dazu nicht bei.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2020): Memorandum 2020, PapyRossa Verlag Köln.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2021): Memorandum 2021, Kapitel 2, EU, PapyRossa Verlag Köln.
- Bäcker, G./Nägele, G./Bispinck, R., (2020): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland – ein Handbuch, Springer VS Wiesbaden.
- Baumann, Zygmunt (2002): Dialektik der Ordnung – Die Moderne und der Holocaust, Europäische Verlagsanstalt Hamburg.
- Bertelsmann-Stiftung (2015): Religionsmonitor – verstehen, was verbindet; Sonderauswertung Islam 2015; www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung,,der,,Sonderauswertung.pdf (abgerufen 14.11.2021).
- Bertelsmann-Stiftung (2016a): Berufsausbildung in einer Einwanderungsgesellschaft, Daten, Fakten, offene Fragen; www.bertelsmann-stiftung.de/files/Bst/Publikationen/GrauePublikationen/LL_GP_Integration_Hintergrundpapier.pdf (abgerufen 14.11.2021).
- Bertelsmann-Stiftung (2016b): Factsheet Einwanderungsland Deutschland, 19.5.2016; www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-einwanderungsland-deutschland/ (abgerufen 14.11.2021).
- Bewernitz, T./Dribbusch, H. (2014): »Kein Tag ohne Streik«: Arbeitskampfentwicklung im Dienstleistungssektor, in: WSI-Mitteilungen 5, Nomos-Verlag Baden-Baden.
- Bischoff, J./Brie, M./Detje, R./Hildebrandt, C./Hüning, H./Klein, D./Radke, B./Siebecke, G./Trochowski, D./Troost, A./Wolf, H. (2020): Für den Richtungswechsel der Politik kämpfen – Die strategische Aufgabe der Partei DIE LINKE, in Sozialismus.de, Heft 2-2020, www.sozialismus.de/detail/artikel/fuer-den-richtungswechsel-der-politik-kaempfen/ (abgerufen 14.11.2021).
- Bispinck, R. (2021): Tarifbindung – Neue Daten der Verdienststrukturerhebung 2018 im Vergleich zum IAB Betriebspanel 2020; reinhard51.files.wordpress.com/2021/07/tarifbindung-vse-2018-und-iab-betriebspanel-2020.pdf (abgerufen 14.11.2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Niedriglohnquoten, 25.10.2020; bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61750/niedriglohn (abgerufen 14.11.2021).
- Deutsches Statistisches Bundesamt (destatis) (2021): Pressemitteilung Nr. 306 vom 29.6.2021; www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/06/PD21_306_12411.html (abgerufen 14.11.2021).
- Dribbusch, H. (2021): Rechts blinken, um links abzubiegen? Sarah Wagenknecht in den Untiefen des linken Populismus, express – Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 5, Frankfurt a.M.

- Dörre, K. (2020): In der Warteschlange – Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster.
- Ellguth, P./Kohaut, S., (2021): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2020, WSI-Mitteilungen Nr. 4, Nomos-Verlag Baden-Baden.
- Eribon, D. (2009): Rückkehr nach Reims, Suhrkamp-Verlag Frankfurt a.M.
- Gerhardt, S. (2012): Von der ökonomischen Romantik zur Volksfrontillusion – Sarah Wagenknechts Verknennung des Privateigentums im modernen Kapitalismus, Dezember 2012; planwirtschaft.works/?s=Volksfrontillusion&submit (abgerufen 14.11.2021).
- Hohler, D./Pfahl, S./Zucco, A. (2020): 30 Jahre deutsche Einheit – Gleichstellung von Frauen und Männern auf den Arbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland? WSI-Report Nr. 60, September.
- Hochschild, A.R. (2017): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten, Campus-Verlag Frankfurt a.M./New York.
- Hürtgen, S./Voswinkel, S. (2014): Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte, edition sigma Berlin.
- Initiative Lieferkettengesetz: <https://lieferkettengesetz.de>.
- Kadritzke, U. (2017): Mythos »Mitte« Oder: Die Entsorgung der Klassenfrage, Bertz u. Fischer Verlag Berlin.
- Kahrs, H. (2019): »Rechts wirkt«, links schwächelt, in: Sozialismus.de, Heft 12; www.horstkahrs/wp-content/uploads/202001/Kahrs-Horst-2019-12 (abgerufen 14.11.2021).
- Kahrs, H. (2021): Die Wahl zum 20. deutschen Bundestag 2021, Rosa Luxemburg-Stiftung September; www.rosalux.de/publikationen/id/45055 (abgerufen 14.11.2021).
- Karina, T./Weinkopf, C. (2018): Niedriglohnbeschäftigung 2016 – beachtliche Lohnzuwächse im unteren Lohnsegment, aber weiterhin hoher Anteil von Beschäftigten mit Niedriglöhnen, in IAQ-Report 6; duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00047959 (abgerufen 14.11.2021).
- Molitor, A. (2021): Ein langer Weg, in: Mitbestimmung, Zeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 5.
- Klein, D. (2019): Zukunft oder Ende des Kapitalismus?, VSA: Verlag, Hamburg.
- Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Hanser Verlag Berlin.
- Mediendienst Integration: Zahlen und Fakten – Integration, Ausbildung; mediendienst-integration.de/integration/ausbildung.html (abgerufen 14.11.2021).
- Mediendienst Integration: Zahlen und Fakten – Integration, Arbeitsmarkt, Menschen mit Migrationshintergrund in Arbeit; mediendienst-integration.de/integration/arbeitsmarkt.html (abgerufen am 14.11.2021).
- Röttger C./Weber, B./Weber E. (2020): Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3.9.2020; doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Qualo-2020.pdf (abgerufen 14.11.2021).

- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2019): *Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre, Jahresgutachten 2019*, www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/05/SVR_Jahresgutachten_2019.pdf (abgerufen 14.11.2021).
- Sauer, D. (2019): 10 Jahre »Gute Arbeit«? Ein ernüchternder »Blick von unten«. Zur Entwicklung der alltäglichen Arbeitsbedingungen aus der Sicht von Beschäftigten, in: Schröder, L./Urban, H.J. (Hrsg.): *Gute Arbeit 2019. Transformation der Arbeit. Ein Blick zurück nach vorn*, Bund-Verlag, Frankfurt a.M.
- Schelsky, H. (1954): *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Stuttgart.
- Seils, E./Emmler, H. (2020): *Die Lohnentwicklung im vergangenen Jahrzehnt, Policy Brief WSI Nr. 46*, Düsseldorf.
- Silver, B.J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870*, Assoziation A Berlin/Hamburg.
- Vester, M. (2017): *Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung*, Rosa Luxemburg-Stiftung; nrw.rosalux.de/publikation/id/14744/der-kampf-um-soziale-gerechtigkeit (abgerufen 14.11.2021).
- Vester, M./Oertzen, P. von/Geiling, H. (2001): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Suhrkamp-Verlag Frankfurt a.M.
- Wagenknecht, S. (2021): *Die Selbstgerechten – Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Campus Verlag Frankfurt a.M./New York.
- Wendl, Michael (2021): Zurück zum guten alten Kapitalismus – wie Sarah Wagenknecht die soziale Marktwirtschaft verklärt, in: *Sozialismus.de*, Heft 6.
- WSI-Tarifhandbuch (2000): Hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung, Bund-Verlag Köln.

Die letzten Supplements

Ulrich Bochum/Jeffrey Butler/Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald

Rot-Rot-Grün in Berlin – eine Bilanz

Sozialismus.de Supplement zu Heft 9/2021

76 Seiten | ISBN 978-3-96488-132-8

Paul Schäfer

Progressive Außenpolitik

Abrüstung | nachhaltige Entwicklung | Menschenrechte

Sozialismus.de Supplement zu Heft 5/2021

40 Seiten | ISBN 978-3-96488-114-4

EuroMemo Gruppe

EuroMemo 2021

Eine global-lokale Post-Covid 19-Agenda

für eine sozial-ökologische Transformation in Europa

Sozialismus.de Supplement zu Heft 4 / 2021

56 Seiten | ISBN 978-3-96488-113-7

Luca Karg/Maurice Laßhof

Die Jugend kriegt die Krise(n)

Wahrnehmungen von Fridays-for-Future-Aktiven

und Auto-Azubis im Vergleich

Sozialismus.de Supplement zu Heft 1/2021

64 Seiten | ISBN 978-3-96488-094-9

Joachim Bischoff/Bernhard Müller

Auf wessen Schultern?

Die Corona-Pandemie befördert die soziale Ungerechtigkeit

Sozialismus.de Supplement zu Heft 11/ 2020

72 Seiten | ISBN 978-3-96488-090-1

Margit Frackmann/Petra Reichert

Gute Arbeit und gute Ausbildung in der Pflege

Dankesworte reichen nicht

Mit einem Interview mit Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen)

Sozialismus.de Supplement zu Heft 7-8/ 2020

64 Seiten | ISBN 978-3-96488-071-0

VSA: Neuanfang der Linken



Harald Wolf

(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen, wenn Linke sich beteiligen

VSA:



Harald Wolf
(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen, wenn Linke sich beteiligen

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
224 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-095-6

Sollen und dürfen sich Sozialist*innen an einer Regierung im bürgerlichen Staat beteiligen?

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:



Dieter Klein

Regulation in einer solidarischen Gesellschaft

Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte

VSA:



Dieter Klein
Regulation in einer solidarischen Gesellschaft

Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-117-5

Im Mittelpunkt von Dieter Kleins Überlegungen stehen drei Hauptkomponenten künftiger Regulation: gesellschaftliche Planung und Lenkung, ein eingehogter Marktmechanismus und das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure.

Dieter Klein
Zukunft oder Ende des Kapitalismus?

Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten
320 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-888-0

www.vsa-verlag.de

VSA: Kapitalismuskritik



Karl Marx
Das Kapital
Kritik der politischen Ökonomie | Erster Band | Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals | Neue Textausgabe, bearbeitet und herausgegeben von Thomas Kuczynski
800 Seiten | Hardcover mit USB-Card
€ 19.80 | ISBN 978-3-89965-777-7

Diese Ausgabe basiert auf jenem sorgfältigen Vergleich der zweiten deutschen und der französischen Ausgabe des »Kapital«, den Marx gefordert hat, aber nicht mehr vornehmen konnte, und vereint erstmals die Vorzüge der beiden Ausgaben.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:



Stephan Krüger
Weltmarkt und Weltwirtschaft
Internationale Arbeitsteilung, Entwicklung und Unterentwicklung, Hegemonialverhältnisse und zukünftiger Epochenwechsel
Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 6
608 Seiten | Hardcover | € 34.80
ISBN 978-3-96488-021-5

In diesem Band stellt Stephan Krüger die wesentlichen Eckpunkte einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise unter den Blickpunkten von Weltmarkt, Weltwirtschaft und Weltpolitik zusammen und liefert eine von Marx' Kritik der Politischen Ökonomie angeleitete Interpretation des empirisch-statistischen Materials.

www.vsa-verlag.de

Sozialismus.de

Wir bitten um Spenden!

Kommentare & Analysen

Heft Nr. 11 – November 2021

Vorherige Hefte | Archiv

Aktuelle Dossiers

Tipps & Termine

Abonnement | Bestellung

Newsletter

Probheft

Berichtsbedingungen (ABB)

Datenschutz

f Sozialismus.de: Facebook
 🐦 Sozialismus.de: Twitter

Sozialismus.deAktuell

Monatlich ein Heft mit Hintergründen, Analysen & Kommentaren | täglich im Netz

Kontakt | Das Projekt | Service | Mediadaten | Links | Impressum | RSS

forum.weltweit.de
Neue Weltordnung?

Neue VSA: Bücher

Klimawandel & New Deal

Alltags-Rassismus

Aktuelle Kommentare & Kurzanalysen

15. November 2021 | Björn Radtke: Nach dem Gipfel in Glasgow
Die weltweite Klimapolitik bleibt in der Offensive

Das 26. Treffen der Uno-Klima-Konferenz COP26 mit fast 200 Staaten und über 30.000 Teilnehmer:innen war die bisher größte Klimakonferenz. Die am Ende verabschiedete Abschlussklärung aller beteiligten Delegationen »erkennt an«, dass die Folgen des Klimawandels bei einem Temperaturanstieg von 1,5 Grad wesentlich geringer sind als bei 2,0 Grad. Bekräftigt werden die »Bemühungen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad fortzusetzen«. Mehr...

15. November 2021 | Redaktion Sozialismus.de: Neue »Resolution« stützt Xi Jinping

Suchen

erweiterte Suche

In Kooperation mit

OXI
WIRTSCHAFT ANDERS DENKEN

Neue VSA: Bücher

Yang Ping / Jan Turovski (Hrsg.)
Sozialisrnsdebatte chinesischer Prägung
 Linder/ChinaDiskurs 1
 Eine Publikation des Beijing-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 224 Seiten | EUR 16,50
 ISBN 978-3-96188-099-4

Sozialismus.de: Die Website – nahezu täglich aktualisiert! Das erwartet die Besucher:innen:

- 👉 **Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen ökonomischen und politischen Ereignissen**
- 👉 **Inhaltsverzeichnis des aktuellen Heftes & drei Leseproben eine Woche vor der Printausgabe**
- 👉 **Dossiers zu aktuellen Ereignissen & Themen**
- 👉 **News, Tipps & Termine**
- 👉 **Archiv aller Inhaltsverzeichnisse & Leseproben aller erschienenen Hefte seit 2000**
- 👉 **Jahresregister als pdf-Dateien**
- 👉 **Passende Neuerscheinungen bei www.vsa-verlag.de**

»Die Differenzen zu Sahra Wagenknechts Positionen existieren einerseits in zentraler Politikinhalt: Stärkung des Nationalstaates versus Internationaler Organisationen; Umgang mit Flüchtlingsbewegungen, mit Klimakrise, mit Gleichberechtigungspolitik und gesellschaftlicher Vielfalt. Die Differenzen beruhen gleichzeitig auf einem anderen handlungsleitenden Interesse: S. Wagenknecht beschreibt gesellschaftliche Prozesse durch die Brille eines vorher festgelegten Werturteils, das wichtige Differenzierungen ausklammert. Sie belegt Schichten/Milieus entgegen der Fakten mit eindeutigen positiven/negativen Zuschreibungen. Sie macht aus unterschiedlichen politischen Linien innerhalb der Linken Gegensätze. Sie negiert wechselseitige Lernprozesse in den verschiedenen Bewegungen, und beharrt auf ihrer Gegenüberstellung der sozialen und der kulturellen Frage. Zugleich bleibt ihr Interesse an der sozialen Frage merkwürdig abstrakt und damit nicht glaubwürdig. [...]

Ist das die angemessene Grundlage für ein Programm »für Gemeinsinn und Zusammenhalt«, wie sie im Untertitel ihres Buches fordert? Brauchen wir statt einer apodiktischen Abgrenzung gegenüber Anderen nicht eher die gemeinsame Suche nach Alternativen, den gemeinsamen Lernprozess?«